

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

128 (5.6.1914) Erstes Blatt

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Volantinserte billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

### Richter und Politik.

Der preussische Richtertag in Bielefeld hat sich u. a. auch mit der Frage beschäftigt, ob der Richter sich im öffentlichen Leben politisch betätigen dürfe. Der Amtsgerichtsrat a. D. Prof. Bornhof hatte dazu Leitfäden beantragt, in denen es hieß: „Politische Betätigung des Richters ist mit seiner Unparteilichkeit nicht vereinbar“. Der Richtertag verwarf diese Leitfäden und beschloß im Gegenteil: „Der preussische Richter muß sich mehr als bisher im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben betätigen. Die Gesetzesbeschränkungen der Richter in der Betätigung an kommunalen Körperschaften sind aufzuheben.“

Die angenommenen und verworfenen Leitfäden scheinen einander zu widersprechen und doch kann man die angenommenen gutheißen, ohne die verworfenen für unbedingt falsch zu halten. Es wird immer darauf ankommen, wie der Begriff der Unparteilichkeit definiert wird. Der Richter, der bei w u h t parteiisch ist, ist ein Schurke, und niemand hat je behauptet, daß der preussische Richterstand aus solchen Schurken besteht. Der Richter, der bei der Verteilung von Günst und Ungünst seine ganze sittlich-politische Weltanschauung mit sprechen läßt, kann persönlich ein vollkommener Ehrenmann sein, sachlich wird aber seine Rechtsprechung entweder eine Wohltat oder ein Uebel sein, je nachdem seine Weltanschauung beschaffen ist. Entscheidend für sein richterliches Verhalten wird aber immer seine wirkliche Gesinnung sein, gleichgültig, ob er mit ihr außerhalb seines Berufes hervortritt oder nicht. Da man nun von einem persönlichen Richter ebensowenig wie von einem andern Menschen verlangen kann, daß er ein politisch-gedankens- und gefühlloses Wesen sei, so ist es immer besser, wenn er die äußeren Zeichen seiner Wesensart im öffentlichen Leben frei zur Schau trägt. Ein Richter z. B., der ein offener Parteigänger der Konservativen ist, wird in vielen Fällen mehr darauf bedacht sein, zwischen Richteramt und Parteipolitik die notwendigen Grenzen zu halten, als ein stiller Fanatiker der Reaktion, der seine ganze Richterfähigkeit von seinen Leidenschaften durchdringen läßt.

Darum mögen die Richter außerhalb ihres Berufs politisch tätig sein; sie mögen aber auch nicht vom Volke verlangen, daß es sie als Halbgötter betrachte, die ihren sonstigen Menschen ausziehen können, wenn sie den Lalar anziehen. Ein Richter, der seinen Beruf nicht entwürdigen will, wird selbstverständlich nicht im Angeklagten einen politischen Gegner bestrafen wollen, aber daß er bei der Bearbeitung der behaupteten Straftat seine politisch-sozialen Anschauungen mit sprechen läßt, ist nicht minder selbstverständlich, weil es einfach menschlich ist; und auch die Richter sind Menschen.

Daß die preussischen Richter in ihrer ungeheuren Mehrzahl der Sozialdemokratie und allem, was nur entfernt mit der Sozialdemokratie zusammenhängt, die stärkste politische Abneigung entgegenbringen, ist eine allgemein bekannte Tatsache. Was Herr Bornhof unter dem Beifall der versammelten Richter über das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Rechtsprechung vorbringen konnte, ist nur ein neuer Beweis dafür. Herr Bornhof entwarf ein schreckliches Bild des Zukunftstaates, in dem der sozialdemokratische Richter, die absoluteste Klassenjustiz betreiben würde, denn seine Rechtsprechung stände unter der Kontrolle der Genossen, die stets prüfen würden, ob seine Urteile mit dem Klassenbewußtsein im Einklang stehen. Der Herr Professor des Staatsrechts scheint nicht zu wissen, daß in der Welt westlich Preußen-Deutschlands sozialdemokratische Gesinnung kein Hindernis für die richterliche Laufbahn ist, daß dort der Richter die volle Freiheit hat, sich politisch nach seiner Ueberzeugung, also auch als Sozialdemokrat, betätigen darf. Es wird ihm schwer fallen, den Beweis zu erbringen, daß unter diesem Zustande das Ansehen der Richter und ihre Rechtsprechung Schaden erlitten hätten. Er wird im Gegenteil finden, daß die Klage über Klassenjustiz nirgends so laut und allgemein ist wie gerade in Preußen, wo man es für die Amtspflicht der Richter hält, den sozialen Bestrebungen jener Klasse, die die Mehrheit der Bevölkerung bildet, feindlich gegenüber zu stehen.

In einer andern Stelle seiner Rede sagt Herr Prof. Bornhof: „Wenn wir den Zukunftstaat hätten, dann würden wir die schlimmste Klassenjustiz haben, da dann der Wille der unteren Klassen maßgebend wäre“. Es wird nun schwer fallen, zu entscheiden, welche Klassenjustiz die schlimmere und welche die bessere ist, da handelt es sich um Werturteile, für die die Klassenstellung des Urteilenden ausschlaggebend ist. Wir gestehen, daß wir ein Klassenjustiz der unteren Klassen, einer Klassenjustiz der oberen Klassen bedeutend vorziehen, mit andern Worten, daß wir ein Rechtsprechung, die von humanem sozialistischen Geiste erfüllt ist, für weit besser halten, als ein Rechtsprechung, in der sich die Weltanschauung der Rittergutsbesitzer, Landräte und Kapitalisten widerspiegelt. Von einem preussischen Richter oder von einem preussischen Professor kann man allerdings nicht

erwarten, daß er sich zu gleichen Ueberzeugung bekennt, die u. a. ein sehr berühmter Kollege des Herrn Bornhof, der Wiener Rechtslehre Professor und Hofrat Anton Menger, in seinem Buch „Neue Staatslehre“ in ein dringlichster Weise vertreten hat. Menger schildert dort, wie das deutsche Strafrecht und das deutsche Strafrecht ganz einseitig auf die Interessen der Herrschenden zugeschnitten sind, und er läßt keine Kritik in dem Auftrags gipfeln: „Nur die Gewöhnung an die uralte Bevorzugung der bestehenden Klassen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens läßt einen solchen Rechtszustand überhaupt als erträglich erscheinen“.

Herr Bornhof und die Richter, die ihm in Bielefeld zustimmten, tragen eben unbewußt die Schenkklappen des Klassenbaurteils. Nichts scheint ihnen schrecklicher, als eine Rechtspflege, die volkstümlichem Geist entspringen ist und von der Weltanschauung der arbeitenden Massen getragen sind. Für sie ist das das Ende der Welt. Aber, wo für diese Herren die Welt aufhört, da fängt sie für uns erst recht an! Erst wenn die uralte Bevorzugung der bestehenden Klassen aufhört und freie Männer aus dem Volk vom Volk geschaffene Gesetze zur Anwendung bringen werden, erst dann wird, mit Menger zu sprechen, ein Rechtszustand herrschen, der für die Massen des Volkes erträglich ist.

### Der deutsche Lehrertag.

Der deutsche Lehrertag ist am Freitagmontag in Kiel zusammengetreten. Rund 8000 Teilnehmer haben sich eingefunden, jedoch der Kieler Lehrertag neben dem Berliner vor zwei Jahren die imposanteste Tagung der Lehrer ist. Die Hauptversammlungen tagen in der 12 000 Personen umfassenden großen Marine-Exerzierhalle. Die Marineverwaltung ist überhaupt den Lehrern mit einer großen Zahl von Veranstaltungen entgegengekommen, um die Flottenbegeisterung bei den Erziehern der Kinder des Volkes zu wecken. Mit einem Begrüßungsabend, Montag abend 1/8 Uhr, wurde die Tagung eröffnet. Es sprachen Gäste aus Frankreich, Finnland, Belgien und den Vereinigten Staaten. Die Hauptversammlungen fanden Dienstag und Mittwoch statt. Hauptgegenstand der Beratung ist die nationale Einheitschule. Schon in den Begrüßungsreden am Montag wurde von dem Vertreter des Kieler Festauschusses die Forderung erhoben: ein Volk, eine Schule, eine Lehrerschaft. Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses forderte ebenfalls die Entwicklung der Volksschule zur nationalen Einheitschule. Das Referat über „nationale Einheitschule“ hat Dr. Kerscheneiner (München) übernommen. Weiter steht noch auf der Tagesordnung ein Referat von Lehrer Brunette (Hannover) über: „Droht unserer Schularbeit die Gefahr der Veräußerlichung und wie ist ihr zu begegnen“ und ein Referat von Seminarleiter Dr. Seyfert (Zschopau i. Sa.) über das Thema: „Der deutsche Lehrerverein und die pädagogische Wissenschaft“. Nebenher laufen eine ganze Anzahl von Nebenversammlungen.

Von besonderem Interesse war die Hauptversammlung der Vereinigten Prüfungsausschüsse für Jugendchriften, die sich mit der Frage der Literaturpflege bei Jugendlichen beschäftigte. Der Referent Lehrer Köster (Hamburg) erkannte an, daß Bedürfnis für wirtschaftliche und sozialpolitische Literatur nur bei jungen Arbeitern und Arbeiterinnen zu finden sei. In der Debatte kam auch unser Genosse Redakteur Dr. Adler zum Wort; er schilderte eingehend das Wesen der Jugendarbeit der organisierten Arbeiterchaft. Ein Redner hatte Jugendbildungsarbeit in den Fortbildungsschulen gefordert. Adler wandte sich unter lebhafter Zustimmung der Versammlung gegen diese Forderung, die Jugendorganisationen mühten ihre Selbstständigkeit zu bewahren.

Zu dem Thema: „Nationale Einheitschule“ führt der Referent Dr. Kerscheneiner (München) ungefähr folgendes aus: Die allgemeine öffentliche Schule müsse jedem Kinde ohne Ausnahme seiner Veranlagung Anspruch erheben kann. Private Erziehungsanstalten außerhalb der allgemeinen öffentlichen Schule dürften nur dann von der Staatsgemeinschaft gestattet werden, soweit die Erziehungsabsichten nicht dem Gesamtwohle der Gemeinschaft zuwiderlaufen, soweit die privaten Erziehungsanstalten mindestens das gleiche bieten, wie die öffentlichen und solange dafür keine öffentlichen Mittel verlangt werden. Die Kosten der allgemeinen aus öffentlichen Mitteln sind nicht durch besondere Schulgelber, sondern allgemeinen öffentlichen Einnahmen zu decken. Die Lehrmittelfreiheit ist mehr eine Frage der Zweckmäßigkeit als eine innere Notwendigkeit; in allen öffentlichen Schulen aber sind mittellose Schülern Lehrmittel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Jede Differenzierung der Schule nach ökonomischen oder sozialen Rücksichten ist eine Verletzung des Rechts- und Kulturstaaates, notwendig ist aber eine Differenzierung nach der Wachstumsreihe des Jünglings, nach dessen Veranlagung für einzelne Kulturgebiete und nach

dem Zwecke der Schule. Die Grundforderung dieser Differenzierung ist, daß jeder Schüler in der allgemeinen öffentlichen Schule die Bildungswerte vorfindet, die seiner Veranlagung entsprechen. Die durch die Differenzierung des allgemeinen öffentlichen Schulwesens entstandenen Zweige wahren aber nur dann den Charakter der Einheitschule, wenn ihre Organisation den Uebergang von einem Zweige zum anderen dementsprechend begabten Schüler ohne all zu große Opfer, wenn nötig durch Uebergangsschulen ermöglicht. Die Gestaltung, Verwaltung und Beaufsichtigung der Schule ist ausschließlich Angelegenheit der Staatsgemeinschaft. Das Organisations- und Verwaltungsrecht darf aber für keine Gattung zentralisiert werden, sondern es ist in möglichst weitgehender Selbstständigkeit nach gewissen Mindestforderungen den untergeordneten rechtlichen Korporationen zu überlassen. Zum Schluß fordert Redner noch für alle Lehrer die gleiche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeit. — Der geschäftsführende Ausschuss hat die Forderungen des Referenten in folgende kurze Resolution zusammengefaßt:

Die deutsche Lehrerversammlung fordert in Uebereinstimmung mit den Ausführungen und den Leitfäden des Vortragenden die organisch-gegliederte nationale Einheitschule, die einen einheitlichen Lehrerstand zur notwendigen Voraussetzung hat und in der jede Trennung nach sozialen und konfessionellen Rücksichten beseitigt ist. Sie richtet daher an alle volks- und bildungs-freundlichen Kreise des deutschen Volkes die Aufforderung, alle Kräfte daranzusetzen, daß die Verwirklichung dieser Einheitschule alle bestehenden Widerstände überwinden werde.

In der Debatte wurden nur wenige Einwände gegen die Forderungen des Referenten gemacht. Einige Redner wandten sich gegen die Differenzierung der Schüler. Ein Redner hielt die Zulassung von Privatschulen für verhängnisvoll, sie würden der Kirche anheimfallen und damit würde der konfessionellen Erziehung Tür und Tor geöffnet. Die Mehrzahl der Redner unterstützte kräftig die Forderungen des Referenten, so besonders der Schulrat Dr. Sidinger (Mannheim) und der Generalsekretär Teff (Berlin). Teff ermahnt die Lehrer ganz besonders, sich nicht nur hier auf der Lehrerversammlung prinzipiell für die Einheitschule zu bekennen, sondern auch praktisch zu Hause dafür einzutreten, und die Forderung nicht zu verleugnen, wie es oftmals geschehen sei. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen, worauf die Versammlung in stürmischen Beifall ausbrach.

In der Hauptversammlung am Mittwoch behandelte das Thema: „Der deutsche Lehrerverein und die pädagogische Wissenschaft“ Seminarleiter Dr. Seyfert (Zschopau). Die Ausführungen des Vortragenden gipfeln in einer Resolution, die angenommen wurde. Darin wird gesagt, daß die pädagogische Wissenschaft im Mittelpunkt aller Lehrerbildung stehe. Die Pädagogik muß als selbständige Wissenschaft an der Universität anerkannt, vollwertig vertreten und das pädagogische Studium den Lehrern aller Schulgattungen zugänglich gemacht werden. Als Aufgaben des deutschen Lehrervereins werden bezeichnet: die Unterstützung der pädagogischen Forschung und die Verbreitung ihrer Ergebnisse in der Lehrerschaft, Anregung und Organisation pädagogisch-wissenschaftlicher Arbeit innerhalb der Lehrerschaft.

Ueber das Thema: „Droht unserer Schularbeit die Gefahr der Veräußerlichung und wie ist ihr zu begegnen“, sprach Lehrer Brunette (Hannover). Der Redner führte aus, daß die Arbeit und das Leben der Schule zu sehr unter dem bürokratischen Geiste leiden. Die methodische Freiheit des Lehrers und die Selbstständigkeit des Kindes werden durch zu große Stoffmengen, durch bindende Einzelvorschriften über die Lehrpläne und durch bürokratische Schulverwaltung zu sehr eingeschränkt. Die Schulaufsicht mache den Eindruck einer polizeilichen Kontrollstation; dagegen mühten die Lehrer protestieren. Um zu einer Verinnerlichung der Schularbeit zu gelangen, sei nötig, die Selbstständigkeit der Schüler als Grundlag praktisch durchzuführen. Lehrer und Schulaufsichtsbeamte dürfen sich nur von pädagogischen Grundsätzen leiten lassen. — In der Debatte betonte Arzt-Dresden die Forderung, daß das jetzt bestehende Lehrplangebäude vollständig zertrümmert und neu aufgebaut werden müsse, auch das Heimatsgefühl und die Bedürfnisse des Kindes. Einzelne Redner kritisierten scharf das Verhalten vieler Lehrer, die es nicht verstehen, aus sich selbst ganze Männer zu machen, und als solche den Schulaufsichtsbehörden imponierend entgegenzutreten. Die einstimmig beschlossene Resolution enthält folgende Forderungen: Die Selbstständigkeit der Schüler muß als Grundlag der Erziehungspolitik durchgeführt und der freien Entfaltung der Lehrer dürfen keine anderen Schranken gesetzt werden, als die Erziehungszwecke es gebieten. Verwaltung und Beaufsichtigung der Schule sind im Sinne der Schulpflege umzugestalten. In der Verwaltung sind die Lehrer durch selbstgewählte Vertreter zu beteiligen, die Lehrerbildung ist wissenschaftlich zu vertiefen.

Damit war die Arbeit der Lehrerversammlung beendet. Die nächste Lehrerversammlung soll 1916 in Breslau stattfinden.

Von den vielen Nebenversammlungen sei die Sitzung der Vertreter der Jugendfürsorge-Vereinigungen erwähnt, die sich mit der Arbeit der Lehrerschaft in der Jugendpflege beschäftigte. Der Referent Lehrer Frauendienst-Berlin, kam auch auf die Stellung der Fürsorge-Vereinigung zur Sozialdemokratie zu sprechen. Von der Jugendpflege der sozialdemokratischen Gewerkschaften sagte er, daß sie sich mit Liebe der Jugend annahmen und lobte besonders ihren Jugendschutz. Die Jugendpfleger in den Gewerkschaften nehmen ihr Amt sehr ernst auf und erstatten auch stets sehr objektive Berichte. Die Jugendfürsorge-Vereinigungen hätten auch eine gewisse Verbindung mit der Jugendpflege der Gewerkschaften, aber trotzdem könne es im allgemeinen kein Zusammenarbeiten mit ihnen geben, weil sie Nebenzwecke mit ihrer Jugendbewegung verfolgten.

Bemerkenswert ist noch die Sitzung des Verbandes Deutscher Lehrervereinigungen für Schulgesundheitspflege. Die in der Sitzung beschlossenen Leitsätze fordern im Interesse der Gesundheit der Schüler die Sinaufhebung des Beginns der Schulpflicht auf das 7. Lebensjahr. Sollte dieses Ziel durch die Schul-Gesetzgebung nicht zu erreichen sein, so solle als Mindestforderung gelten: das 6. Lebensjahr muß mit dem Beginn der Schulpflicht vollendet sein. Ausnahme aller Schüler, die mit irgend einem, wenn auch noch so kleinen, körperlichen Gebrechen oder geistigen Fehler behaftet sind. Für das erste Schuljahr dürfe kein Unterrichtsziel im Lesen, Schreiben und Rechnen festgesetzt werden. Der Unterricht in den ersten drei Schuljahren muß in der Hand eines und desselben Lehrers liegen. In der Sitzung wurde weiter eine Resolution beschlossen, die fordert, daß die Hygiene aus pädagogischen und national-ökonomischen Gründen in dem Lehrplan der Schule berücksichtigt und nicht nur als Anhängsel in der Naturkunde betrachtet, sondern organisch in den Lehrplan eingefügt wird.

### Deutsche Politik.

#### System Dallwisch-Roedern: die Frage für das Eigenbleiben.

Zu dem am Pfingstsonntag 1914 nach Mühlhausen i. G. einberufenen 4. Elßaß-Rothringischen Sängertag des deutschen Arbeiterbundes, Gau Elßaß-Rothringen, hatten mehrere schweizerische Brudervereine ihre Mitwirkung zugesagt, so der Sängerbund Zürich (Sängerzahl 200), der Männerchor Freiheit Basel (Sängerzahl 110), der Frauenchor Freiheit Basel (Sängerinnenzahl 70), der Liederkreis Löh (Sängerzahl 40), insgesamt über 400 schweizerische Teilnehmer. Man hatte aber die Rechnung ohne den neuen Dallwischkurs in Elßaß-Rothringen gemacht: am 28. Mai wurde dem Vorsitzenden der Festkommission, dem Landtagsabgeordneten Gen. Schilling in Mühlhausen vom Kreisdirektor im Auftrage des Ministeriums eröffnet, daß „eine offizielle Beteiligung ausländischer Vereine“ an dem Sängertag untersagt sei. Es bedurfte der persönlichen Rücksprache im Ministerium zu Straßburg um einen neuen Bescheid herbeizuführen, in welchem es hieß, „daß den ausländischen Vereinen nachträglich ausnahmsweise die Beteiligung an den Gesangs-vorträgen anlässlich des Arbeiterbundesfestes gestattet worden ist. Die Beteiligung der ausländischen Vereine am Festzuge bleibt jedoch nach Vorgabe meines Schreibens vom gestrigen Tage untersagt.“ Demgemäß durfte keine Fahne der teilnehmenden schweizerischen Vereine bei dem Festzuge mitgetragen, ja nicht einmal eine Tafel mitgeführt werden. Warum? Bei der persönlichen Rücksprache des Abg. Schilling im Ministerium zu Straßburg kam heraus, Staatssekretär Graf v. Roedern ließ nämlich dort dem Landtagsabg. Schilling sagen, er behauere ihn nicht empfangen zu können, weil Schilling sich unter den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten befand, welche am 8. April ds. Js. bei der Verlesung des kaiserlichen Schreibens über die Vertagung des Landtages sich nicht vom Sitze erhoben. Nur mit Ministerialdirektor Cronau „durfte“ der Abg. Schilling über die echrückliche Begrüßung der schweizerischen Arbeiter-

gesangvereine durch das System Dallwisch-Roedern in Elßaß-Rothringen verhandeln.

In der Schweiz, wo die Republikaner den Besuch Wilhelm II. alle Höflichkeiten entgegenbrachten, wird man sich auf diese Geldtat des neuen reichsländischen Polizeifürsten einen eigenen Vers machen. Die „starken Männer“ in Straßburg aber sind schief gewickelt, wenn sie sich einbilden, durch solche Schulmeister- und Unteroffiziersmaßnahmen könnten sie gegen die republikanische Bewegung in Elßaß-Rothringen besondere Erfolge davontragen.

#### Der Streit um das Reichstagspräsidium.

Dr. Julius Bachem behandelt im „Tag“ die Haltung des Zentrums zur Zusammenlegung des künftigen Reichstagspräsidiums. Daß Herr Rämpf nicht mehr in Frage kommen kann, hält Bachem für selbstverständlich; er wendet sich aber scharf dagegen, daß das Zentrum es übernimmt, den Präsidenten zu stellen. Dagegen hält er es für richtig, wenn die Zentrumsfraktion die Stelle des ersten Vizepräsidenten beansprucht. Das Zentrum wird also nicht darauf reflektieren, den Präsidenten zu stellen, aber auch die Nationalliberalen lehnen diese Ehre ab; wenigstens führt der Abg. Wassermann in einem Artikel der „Ostseezeitung“ aus, daß die nationalliberale Partei gar nicht daran denke, dieses dornenbepflanzte Amt für einen der Ihren zu erstreben. Jedenfalls steht so viel fest, daß auch im kommenden Herbst die Wahl des Präsidiums durchaus nicht glatt ablaufen wird.

#### Die Politik der päpstlich Anerkannten.

Die katholischen Arbeitervereine, die in Berlin, haben zu Pfingsten ihren Verbandstag abgehalten. Es lag zwar kein Parteiprogramm vor, das sie, wie vor zwei Jahren, der besonderen Sympathie des heiligen Vaters versicherte, und die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften verdammt, aber durch die Debatten des Kongresses zog sich doch wie ein roter Faden der Gegensatz, der die letzten Jahre hindurch den Auseinandersetzungen innerhalb der christlichen Arbeiterorganisationen und innerhalb des Zentrums sein Gepräge gegeben hat. Man verwies auf alle die Verlautbarungen Bis X., die daran keinen Zweifel lassen, daß die Kurie die christlichen Gewerkschaften höchstens als drakonischen Erwägungen heraus duldet, und man gab sich alle Mühe, nachzuweisen, daß von seiten der katholischen Arbeitervereine keinerlei Quertreibereien gemacht würden, und daß auch das Zentrum allen Anlaß hätte, mit ihrer Tätigkeit zufrieden zu sein.

Es ist ganz eigenartig, rief der vom Zentrum beiseite geschobene Verbandssekretär Dr. Fleischer aus, wir sind keine politische Organisation, aber wo unser Verband arbeitet, da sind jene Zentrumskräfte verloren gegangen, im Gegenteil, Zentrumswahlkreise sind erobert worden.

Diese Worte fanden wiederholten, säuerlichen Beifall, und daraus mag die Zentrumspartei ersehen, daß der Sitz Berlin in treuer Ergebenheit zu ihr steht. Am Ende könnten ja auch andere Leute, wie beispielsweise der auf die politische Unberührtheit wirtschaftlicher Arbeiterorganisationen so bedachte Polizeipräsident von Zagow, aus dieser Rede und dem Beifall, den sie auslöste, etwas ersehen. Aber wir fürchten, daß die Worte sowohl für das Zentrum wie für die Polizei vergeblich geblieben sind. Jenes wird sich in seinem Glauben an die Quertreiber nicht irre machen lassen, und diese wird nach wie vor nur die freien Gewerkschaften für politisch halten.

#### Das Ende des Berliner Antisemitenblattes.

Die „Staatsbürger-Zeitung“, die sich seit einigen Wochen in den Händen des Rebus befindet, geht mit Ende dieses Monats als Tageszeitung ein. Es soll versucht werden, das Organ als Wochenblatt zu halten, doch dürfte auch diese Form den völligen Zusammenbruch nur noch einige Zeit hinausschieben.

### Badische Politik.

#### Der „gute Ton“ in der Zentrumspresse.

Die Zentrumspresse bezeichnet sich bekanntlich als die „gute Presse“, die in jedes katholische Haus gehört. Wessen die „gute Presse“ fähig ist, dafür hier einige Proben. Eine Polemik gegen die liberalen „Singer Nachrichten“ wird von der klerikalen „Singer Zeitung“ wie folgt geführt:

1. Einen „du mm en August“ scheinen sich die Singer Nachrichten neuerdings ausgelagt zu haben; wenigstens lassen die „gefreiten“ Polemiken darauf schließen. Seitern machte sich dieses politische Unikum über die Singer Zeitung „lustig“, wenigstens lebt es in diesem Wahn. . . Sapperlot noch einmal, wenn das Pulver nicht schon erfunden wäre, der „du mm e August“ der Nachrichten hätte es zweifellos erfunden. . . Um der Singer Zeitung einen „Vereinsfall“ zu bereiten, muß es der „du mm e Nachrichten-August“ schon länger anfangen. Es wird uns übrigens freuen, wenn er sich noch öfters auf dem hohen Seil produziert, damit seine Dum m heiten auch wirklich alles bestimmen kann.

2. An den X-Korrespondenten der Singer Nachrichten. Die Antwort an die an unsere Adresse gerichteten grotesken Begriffsverwirrungen können wir sehr kurz fassen, indem wir Ihnen den guten Rat geben, Ihre Beschwerden über den „Ton“ unseres Blattes bei Herrn Redakteur Kuen anzubringen, wenn er von seiner Pfingsttour wieder zurückkommt. Ihre „Tatigkeit“ wird von ihm sicherlich bedankt werden. Oder gehören Sie vielleicht auch zu der Korona, die nur mit der S. . . peitsche ad-re hnen will? Dann wären Sie allerdings dazu berufen, den ehrenwerten Stand der Redakteure und der Presse für gewisse aus dem Nestand herausgehenden. Nebenbei: Fröhliche Pfingstfeiertage, Her r Konfusionsrat! Wirklich eine sehr nette, vornehme Sprache.

Aus dem badischen Schulwesen. Im April ds. Js. haben 98 Volksschulkindern die Dienstprüfung in Heidelberg bestanden. Die Lehrerinnenprüfungen für Auswärtige haben in Freiburg bestanden eine Kandidatin mit der Befähigung zur Unterrichtserteilung an höheren Mädchenschulen und 14 Kandidatinnen mit der Befähigung zur Unterrichtserteilung an Volksschulen und in den höheren der Volksschule an höheren Mädchenschulen. Die Dienstprüfung der Volksschulkindern beginnt am Montag den 14. September vormittags in Karlsruhe. Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind spätestens bis zum 1. Juli ds. Js. durch Vermittlung des zuständigen Kreispräsidenten bei dem Ministerium des Kultus und Unterricht einzureichen. — In der 2. Hälfte des Monats Juli finden Termine für die erste und zweite Prüfung der Kandidatinnen an Haus- und Lehrerbildungsanstalten in Karlsruhe statt. Die Anmeldungen zu diesen Prüfungen sind spätestens bis 20. Juni beim Ministerium des Kultus und Unterricht einzureichen.

Die Zulassung von Mansardwohnungen. Wie aus den Verhandlungen der Zweiten Kammer erinnerlich sein dürfte, hat sich diese kürzlich mit der Petition der Hausbesitzer um Abänderung des § 29 der Landesbauordnung, Zulassung von Mansardwohnungen über den 4. und 5. Stock, beschäftigt. Die Zweite Kammer bewies nach kurzer Beratung diese Petition an ihre Petitionskommission zurück, während die Erste Kammer über die Petition zur Tagesordnung überging. Nun hat sich der G. u. d. u. und Hausbesitzerverein nochmals an die Zweite Kammer mit derselben Bitte um sachgemäße Abänderung des fraglichen Paragraphen gewandt. In der neuerlichen Petition wird hauptsächlich darauf abgehoben, daß die Zulassung guter und geräumiger Mansardwohnungen in erster Linie den armen Bevölkerungskreisen zu nützen kommt. Zugleich dürfte mit einer sachgemäßen Änderung des § 29 der Landesbauordnung recht wirksam dem Mangel an Kleinwohnungen geholfen werden.

Landesreise nach dem Bodensee. Der badische Landtag unternimmt vom 4. bis 6. d. M. eine Reise an den Bodensee. Da die Regierung nicht alle Parlamentarierjournalisten, wie bei früheren Anlässen, eingeladen hat und auch die in Wehrach kommenden Städte der Landtagspresse Einladungen nicht zugehen ließen, ist die Landtagspresse überreingekommen, über die Veranstaltung nicht zu berichten.

### Zur 12. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Maschinisten und Setzer.

Vom Vorstand der Maschinisten und Setzer war die Generalversammlung zum 31. Mai nach Leipzig einberufen.

### Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution. Von Anatole France.

„Ich habe ihn gekannt“, sagte Brotteaux, „und ohne mich zu rühmen, darf ich sagen, ich gehörte eine Zeitlang zu seinen intimsten Bekannten: er verkehrte nämlich gern mit dem Bödel. Der Kardinal war ein lebenswürdiger Mann, und obwohl er von Berufs wegen Fabeln erzählte, so besah er im kleinen Finger doch mehr gesunde Lebensweisheit, als alle unsere Jakobiner, die uns tugendhaft und göttergleich machen wollen, im Kopfe haben. Wahrhaftig, mir sind unsere schlichten Gastmessen, die nicht wissen, was sie reden und tun, weit lieber, als die wüsten Götterfabrikanten, die uns emsig guillotinierten, um uns zur Weisheit und zur Tugend zu erziehen, und uns die Verehrung des höchsten Wesens zu lehren, das sie nach ihrem Ebenbild schufen. In der alten Zeit ließ ich in der Kapelle von Les Flettes einen armen Teufel von Pfarrer die Messe lesen, der beim Glas Wein sagte: „Schelten wir die armen Sünder nicht! Wir leben von ihnen, wir unwürdigen Priester!“ Sie werden zugeben, mein Herr, daß dieser Paternosterbeter gesunde Grundsätze über die Regierung hatte. Dahn mühte man zurückzuführen, und die Menschen so regieren, wie sie sind, und nicht, wie man sie haben möchte.“

Die Thebenin hatte sich dem alten Brotteaux genähert. Sie wußte, daß er früher im großen Stile gelebt hatte, und in ihrer Phantasie umkleidete sie mit dieser glänzenden Erinnerung die gegenwärtige Armut des Finanzmannes, die ihr um so weniger demütigend erschien, als sie allgemein und durch die öffentliche Zerrüttung herbeigeführt war. In ihm sah sie mit einem Gemisch von Neugier und Hochachtung das Schattenbild eines jener freigebigen Kräfte, die ihre älteren Kolleginnen seufzend priesen. Auch die Manieren dieses Niedermannes in dem abgelebten, aber sauberen stohbrannen Rock sagten ihr zu. „Derr Brotteaux“ redete sie ihn an, „man weiß, daß

Sie früher einen schönen Park besaßen, der des Nachts illuminiert wurde und in dessen Myrtengebüschen Sie sich mit Schauspielerinnen und Tänzerinnen beim Klang fernner Flöten und Violinen verloren. . . Ach! Ihre Sterne von der Ober und der Comedie Francaise waren gewiß schöner als wir armen Schauspielerinnen von heute!“

„Durchaus nicht, mein Fräulein“, erwiderte Brotteaux. „Im Gegenteil: hätte es zu jener Zeit eine wie Sie gegeben, so wäre sie, wenn sie nur gewollt hätte, als alleinige Gebieterin und ohne jede Nebenbuhlerschaft in dem Park lustwandelt, von dem Sie sich eine so schmückhafte Vorstellung zu machen belieben. . .“

Das Gasthaus „Zur Glode“ war ländlich. Ein Stechpalmenzweig hing über der Einfahrt, die in einen stets feuchten Hof führte, auf dem Gähner herumspazierten. Die Rückseite des Hofes nahm das Gasthaus ein. Es bestand aus zwei Stodwerken mit hohem, bemosten Ziegeldach. Die Mauern verschwanden unter alten Kletterrosen, die in vollem Flor standen. Rechts zog sich eine niedrige Gartenmauer, über die Distelköpfe hinwegsehen. Links war der Pferdestall mit einer Raufe an der Außenwand und ein Heuboden mit offenem Balkenwerk. An der Mauer lehnte eine Leiter. Unter einem Schuppen, der voller Ackergerät und Baumstämme war, sah auf einem alten zweirädrigen Wagen ein weißer Hahn und bewachte seine Hennen. Auf dieser Seite war der Hof durch Viehställe begrenzt; davor ragte wie ein Siegesmal ein Dughaufen empor, den eben eine frohblonde Magd, mehr breit als lang, mit ihrer Forke umgrub. Ihre Holzschuhe waren voller Nässe, die ihre bloßen Füße netzte, so daß die Haden, die sich hin und wieder hoben, safangelb waren. Unter ihrem hochgeschürzten Rock kamen die dicken, tiefschwarzen, schmutzigen Waden zum Vorschein. Philipp Demahis sah ihr zu, überrascht und belustigt von dem wunderlichen Naturspiel, das diesem Mädchen mehr Breite als Länge gegeben hatte.

Der Wirt rief: „He! Klok! Geh Wasser holen!“ Sie drehte sich um und zeigte ein scharlachrotes Gesicht mit breitem Munde, dem ein Stück Kiefer fehlte. Ein Stierhorn war nötig gewesen, um in dieses mächtige Gebiß eine Rade zu schlagen. Sie nahm ihre Forke auf die

Schulter und grinste. Ihre dicken Arme glänzten in der Sonne.

Der Tisch war in der niedrigen Wirtsstube gedeckt. Auf dem Rande des mit alten Flinten geschmückten Herdmantels bruzzelten die Brathühner. Die Wirtsstube war mehr als zwanzig Fuß lang und mit Ralk getüncht. Sie erhielt ihr einziges Licht durch die grünlichen Scheiben der Tür und ein rosenumranktes Fenster, an dem die Großmutter am Spinnrade saß. Sie trug eine Spitzenhaube aus der Zeit der Regentenschaft. Mit den knotigen Fingern ihrer braungefleckten Hände drehte sie die Spindel. Fliegen setzten sich auf den Rand ihrer Augenlider; sie verschleudte sie nicht. Als ihre Mutter sie noch im Arme trug, hatte sie Ludwig XIV. in einer Karosse vorbeifahren sehen.

Vor sechzig Jahren war sie nach Paris gereist. Mit schwacher singender Stimme erzählte sie den drei jungen Mädchen, die vor ihr standen, sie hätte das Rathaus, die Tuilerien und die Samaritaine gesehen, und als sie über den Pont Royal ging, war ein Apfelsahn, der nach dem Obstmarkt fuhr, geboren, und die Äpfel waren von der Strömung fortgerissen worden, so daß die Seine ganz burpurrot wurde.

Sie wußt von den neuen Veränderungen im Königreich und vor allem von dem Streit zwischen den Pfarrern, die auf die neue Verfassung den Eid geleistet, und denen, die ihn verweigert hatten. Auch wußte sie, daß Kriege und Hungersnöte ausgebrochen und daß Feinden am Himmel erschienen waren. Daß der König tot sei, glaubte sie nicht. Man hätte ihn, sagte sie, durch einen Keller entweichen lassen und an seiner Stelle einen Mann aus dem Volke geköpft.

Zu frühen der Abne lag in seiner Wiege das jüngste Kind des Gastwirts im Bahnsieber. Die Thebenin hob den Vorhang des Weibentodes auf und lächelte dem Kinde zu. Es gähnte schwach, von Fieber und Krämpfen erschöpft. Es mußte wohl recht krank sein, denn man hätte den Arzt, den Bürger Belleport, gerufen, der als stellvertretendes Konventsmitglied für seine Besuche kein Geld nahm.

(Fortsetzung folgt.)

Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige. Es sind dazu eine ganze Anzahl Anträge gestellt, die den geschlossenen Lebertritt zum Metallarbeiterverband fordern, andere, die zur bedingungsweise der Verjährung zustimmen. Der Vorsitzende Scheffel hat das Referat zu diesem Punkt gehalten.

Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor und enthielt wir demselben folgende Angaben über die Entwicklung des Verbandes: Das Jahr 1913 war für den Verband ein Sturmsjahr im vollen Umfang. Die Organisation stand im harten Kampf in der Innereinkaufsfahrt, im Hochseifenschieberbetrieb und war mitbeteiligt an dem unglückseligen Kampf auf den Seeschiffwerften. Außerdem hatte sie noch eine größere Zahl kleinerer Kämpfe zu bestehen, welche die Mittel des Verbandes in außergewöhnlichem Maße in Anspruch nahmen, sondern auch innere Krisen. Doch mit einer gewissen Befriedigung kann konstatiert werden, daß der Verband die schweren Schläge ausgehalten und ohne Schaden zu nehmen überwunden hat. Hat es einerseits nicht an Behältschlägen gefehlt, so vermochte der Verband aber auch schöne Erfolge zu erringen und beseitigend in das Lohn- und Arbeitsverhältnis unserer Mitglieder einzugreifen. Dank der Mitarbeit vieler treuer Kollegen und Vertrauensleute wurden bedeutende wirtschaftliche Fortschritte erzielt, und die Mitgliederzahl konnte trotz Krise und anderer Hemmnisse weiter gesteigert werden.

Die Mitgliederzahl am Jahreschluß 1913 betrug 2627 und war auch die Beitragszahlung durchschnittlich eine recht gute. Wohl wurden in der Berichtszeit an 14 152 Mitglieder angenommen, doch blieb die Zunahme nur 1998, gleich 14,1 Proz. Die Fluktuation herrscht also auch in diesem Verbandsjahr.

Ingriffsstreiks fanden 52 für 466 Betriebe mit 3367 Beteiligten statt. Erreicht wurde für 706 Mitglieder 4386 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche und eine Lohnerrhöhung von 4075 M. für 1466 Mitglieder. Außerdem wurden noch Zuschläge für Leberstunden und für Sonn- und Feiertagsarbeit erzielt.

Wohlfahrtstreiks mußten 8 geführt werden, die 8 Betriebe mit 126 Mitgliedern umfaßten. Es handelte sich darum, Maßregelungen und Lohnreduzierungen abzuwehren. Auch fanden 17 Aussperrungen statt. Von diesen endeten 4 mit vollem und 9 mit teilweisem Erfolg. Der Erfolg bestand in diesen Fällen in Arbeitszeitverkürzung und in Lohnerrhöhungen.

Lohnbewegungen ohne Einstellung der Arbeit fanden 265 statt. Erreicht wurden dabei 582 192 Stunden Arbeitszeitverkürzung und eine Lohnerrhöhung von 721 004 M. Ferner wurde für eine große Anzahl Kollegen Urlaub von 2-14 Tagen herausgeholt.

Tarife bestanden am Jahreschluß 1913 88, mit deren Abschluß gute Erfolge betreffs Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes, Zuschläge für Leberstunden und Sonn- und Feiertagsarbeit, Gewährung von Ferien, sowie Verbesserung der hyg. Einrichtungen in den Betrieben erreicht wurden. Das Gesamtvermögen betrug am Jahreschluß 1913 267 972,75 M., am Jahreschluß 1912 dagegen 372 621,57 M. Dem steht 1913 eine Ausgabe von 748 304,53 M. und im Jahre 1912 eine solche von 440 018,76 M. gegenüber. Die Mehrausgabe geht sich aus Mehrkosten an Streik- und Aussperrunterstützung zusammen. Wir werden das Wesentliche über die Verhandlungen noch berichten.

### 7. außerordentlicher Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Erster Verhandlungstag. Am blumengeschmückten Musiksaal des Gewerkschaftshauses in Hamburg eröffneten am 25. d. M. die Gemeinde- und Staatsarbeiter ihren außerordentlichen Verbandstag. Die frühere Einberufung der erst im nächsten Jahre fälligen Generalversammlung hat die Ursache in Differenzen innerhalb der Verwaltungsräte der Organisation. Aufgabe der außerordentlichen Tagung soll sein, durch eine andere Besetzung der Ämter den häuslichen Frieden wieder herzustellen.

Erschienen sind 96 Delegierten, 8 Vertreter der Verwaltungsinanz und 19 Gauleiter. Von der dänischen Bruderorganisation wohnen Johannsen- und Drejer-Kopenhagen den Verhandlungen an.

Den Geschäftsbericht erstattete der Verbandsvorsitzende M. o. s. Berlin. Er konstatierte, daß die Organisation trotz der Krise, die auch die Arbeiter der Gemeinde- und Staatsbetriebe nicht verschonte, einen erfreulichen Aufstieg nahm. Die Mitgliederziffer stieg von 47 376 zu Beginn des Jahres 1912

auf 53 926 am Ende 1913. Wenn die Mitgliederzunahme nicht ganz den Erwartungen entspreche, so dürfe man nicht außer Acht lassen, daß besonders im letzten Jahre auch die Behörden Entlassungen vornahmen, was auf den Mitgliederstand ungünstig einwirkte. Die sprunghafte Mitgliederzunahme in den früheren Jahren können die beiden letzten Jahre nicht aufweisen; aber trotzdem ging der Mitgliederstand in den letzten zehn Jahren von 10 000 auf 53 000 in die Höhe. Was die Arbeitsbedingungen der Gemeindegewerkschaften anlangt, so müßte es als ein Skandal bezeichnet werden, daß die Stadtbehörden in der Reduzierung der Lohnbedingungen den Privatunternehmern voranzugehen. Sodann finde man allzu oft, daß die Stadtverwaltungen Unternehmen, die der Gemeinde in Regiebetrieb große finanzielle Vorteile bringen könnten, an Privatunternehmer verschahren. Bei den Lohnbewegungen sei es in einzelnen Fällen notwendig geworden, scharfer nachzugehen. 97,9 Prozent aller Bewegungen fanden auf friedlichem Wege ihre Erledigung und nur 2,1 Prozent entfielen auf Streiks und Aussperrungen. In Zukunft müßten die Mitglieder mehr mit dem Tarifgehabanten vertraut gemacht werden. Die meisten Stadtverwaltungen würden den eigentümlichen Standpunkt einnehmen, keine Tarife abschließen zu können. Nur wenige Städte machten eine löbliche Ausnahme. Ein hinderliches Moment bei Abschließen von Tarifverträgen sei die Organisationszerstückelung, wodurch den Stadtverwaltungen ihre ablehnende Haltung sehr erleichtert werde. Es könne nicht Aufgabe des Verbandes sein, sich durch Grenzstreitigkeiten zu zerstückeln; sondern der Einheitsorganisation für die Staats- und Gemeindebetriebe das Wort zu reden. Nicht selten würden die Forderungen von den Behörden deshalb abgelehnt, weil noch von weiteren 6-10 Organisationen Forderungen eingereicht würden. Die Maßregelungen seien außerordentlich zurückgegangen, hingegen habe die Adressenpolitik nach wie vor an. Zum Schluß betonte der Redner, daß es Pflicht des Verbandes sei, fest zur freigewerkschaftlichen Bewegung zu halten, und durch eine intensivere Agitation und Erziehung der gewonnenen Mitglieder die Macht der Organisation so zu stärken, daß alle Angriffe auf das Vereins- und Versammlungsrecht auf Koalition- und Streikfreiheit abgewehrt werden können. (Beifall.)

Marose Berlin berichtete speziell über die Session des Krankenpflege- und Badepersonal, die noch in den ersten Anfängen steht. Er schilderte die außerordentlichen Schwierigkeiten, diese Berufsgruppen organisatorisch zu erfassen. Die übliche Kasernierung des Krankenpflegepersonal, die eine Einschränkung der persönlichen Freiheit mit sich bringt und dem Arbeitsverhältnis einen geänderten Charakter gibt, mache es sehr schwer, festen Fuß zu fassen. Der Mitgliederstand der Session beträgt gegenwärtig 3301. In einzelnen Orten, wie z. B. Beispiel in Königsberg, wird durch die Behörden das Koalitionsrecht völlig aufgehoben und dem Personal jeder Zusammenkunft verboten.

Der Verbandsassessor A. h. m. n. ergänzt den gedruckten vorliegenden und von uns bereits besprochenen Finanzbericht. Wenn sich auch die allgemeinen Kassenerhältnisse gebessert haben, so sei die erwartete Zunahme der Einnahmen doch nicht eingetreten, was seine Ursache in dem langamen Anwachsen des Mitgliederstandes in den beiden letzten Jahren habe. Den Pressebericht gab Dittmer, Redakteur des Verbandsorgans „Die Gewerkschaft“. Er ging auf das Verhältnis zwischen Redaktion und Vorstand ein. Daß die Redaktion aus dem Vorstand ausschied, war keine glückliche Entscheidung. Der jetzige Zustand sei auf die Dauer unhaltbar. Wenn auch bis jetzt sich keine Differenzen ergeben, so könne es aber bei dem mangelnden Zusammenarbeiten ständig zu Konflikten führen. Deshalb sei es ratsam, das alte Verhältnis wieder herzustellen. Als eine der Hauptaufgaben betrachte die Redaktion, den Problemen der kommunalen Regie alle Aufmerksamkeit zu schenken und nach Kräften gegen die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen Stellung zu nehmen. Ueber die prinzipielle Haltung der „Gewerkschaft“ befähige in den Mitgliederkreisen allseitige Aufklärung. Die „Sanitätswoacht“ solle in nächster Zeit noch weiter ausgebaut werden.

Zweiter Verhandlungstag. Zu den erstatteten Geschäftsberichten liegen eine Reihe Anträge vor, die in der Hauptsache die Agitation betreffen und zum Teil eine andere Gaueninteilung antreffen. In der Diskussion über die Geschäftsberichte gingen mehrere Delegierte auf den Stettiner Streik ein, der dem Verband ein schönes Stück Geld gelöst hat und doch ergebnislos verlief. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge fanden folgende Annahme bezug. Ueberweisung an den Vorstand: Unter den Arbeitern der Bekleidungsämter und Militärbetriebe eine regere Propaganda zu entfalten, für die Frauen ein besonderes Flugblatt herauszugeben und zur Agitation in

dunklen Orten besondere Mittel zur Verfügung zu stellen. Auf einer einzuberufenden Konferenz der in Straßenreinigungsbetrieben, Müllabfuhr, Grubenentleerung und Kanalwesen beschäftigten Kollegen soll ein Vortrag über die Schädlichkeit dieser Berufe und über die notwendige Hygiene gehalten werden. Von dem Reichstag soll das gesetzliche Verbot der ständigen Wechsellöhne gefordert werden. (Schluß folgt.)

### Jugendbewegung.

#### Rundgebungen der Arbeiterjugend.

Wie in früheren Jahren, so haben auch in diesen Pfingsttagen eine Anzahl Bezirke der proletarischen Jugendbewegung ihre Jugendtage abgehalten. Sie verdanken ihr Entstehen dem gesunden Trieb der Arbeiterjugend nach vernünftiger Erholung, Belehrung und edler Geselligkeit. Am Tage tummeln sich die Jugendlichen in der freien Natur, unternehmen Wanderungen, pflegen volkstümliche Spiele oder lassen sie sich von sachverständigen älteren Freunden die Kunstschätze fremder Städte zeigen und erklären. Der Abend vereinigt das junge Volk in kameradschaftlichen Kreisen zum künstlerischen Genuß. Eine Festspre, getragen von dem Gedanken proletarischer Solidarität, bildet den Höhepunkt und den Abschluß der Jugendtage. Aber wo immer die Jugend der Arbeiterschaft sich versammelt, wittern die sogenannten Ordnungsorgane des Staates Gefahr, und sie beschließen sich, die edleren Lebensformen Ausdruck gebenden Jugendveranstaltungen zu stören und den Teilnehmern zum Bewußtsein zu bringen, daß die Arbeiterschaft samt ihrer Jugend in diesem Staate minder Rechte ist. Während nämlich ähnliche Zusammenkünfte der bürgerlichen Jugendvereine von den Behörden nach Möglichkeit gefördert, den Teilnehmern Fahrpreisermäßigung auf den Eisenbahnen, Freiquartier in öffentlichen Räumen, Kasernen, Schulen und andere Vergünstigungen gewährt werden, verweigert man der Arbeiterjugend derartige auf Kosten der Allgemeinheit geleistete Vorteile und ist bestrebt, den jungen Arbeiter und Arbeiterinnen die Beteiligung an den Veranstaltungen der Freien Jugendbewegung zu verleiden. Häufig sind proletarische Jugendtage von Polizeihänden gesprengt worden. Auch diesmal haben sich die Behörden bemüht, das Zustandekommen der Jugendtage zu hindern. Diesem Verhalten der Behörden ist es in erster Linie zu danken, wenn aus den harmlos geselligen Veranstaltungen gewaltige Demonstrationen werden, deren Umfang und Bedeutung mit der steigenden Verfolgung der proletarischen Jugend wächst. Auch die diesjährigen Pfingst-Jugendtage übertrafen ihre Vorgänger in jeder Hinsicht, wie die nachfolgenden Berichte, die uns über die einzelnen Veranstaltungen zugehen, zeigen.

Die Jugend des Niederrheins versammelte sich in Arelfeld. 4000 Jugendliche hatten sich eingefunden. Die Beteiligung an einer Versammlung ist den unter 18 Jahre alten Personen von der Behörde im voraus verboten worden. Obwohl die Polizei eine scharfe Kontrolle übte, war die Versammlung, in der die Genossin Biez das Referat hielt, trotzdem überfüllt. Alle Teilnehmer wurden in Freiquartieren der Arbeiterschaft untergebracht.

Der Jugendtag des Bezirks Halle, an dem 1000 Jugendliche teilnahmen, fand in Merseburg statt. Der geplante Umzug mit Musik wurde in letzter Stunde verboten. Nicht verhindern konnte aber die Polizei einen Massenparade durch die Stadt, der durch den fröhlichen Gesang junger Reihen, unterstützt von Mandolinen- und Gitarrenspiel, großes Aufsehen erregte. Der Amtsvorsteher des benachbarten Ammendorf übertrug nach seinen Vorgesetzten in der Bekämpfung der Arbeiterjugend. Er verbot auf der Festwiese den Ausschank alkoholischer Getränke. Da er weiß, daß unsere Jugend keine alkoholischen Getränke genießt, glaubte er wohl, daß er damit die Jugendlichen bald von der sonnigen Wiese treiben werde. Freilich hatte er sich verrechnet. Die Festspre hielt Schumann-Weipzig.

Die Jugend der Pfalz gab sich in Neustadt ein Stelldichein. Die Jugendbewegung, die hier jung ist, hat seit

### Der Hungeraufstand der schlesischen Leineweber.

Weil sie zu schwach und unausgerüstet waren, griffen heute vor 70 Jahren die vor Hunger verzweifelten Leineweber der schlesischen Dörfer Peterswaldau und Langenbielau zur Agi und getrimmerten die Paläste ihrer Ausbeuter. Sieben Jahrzehnte sind über diesen ersten deutschen Arbeiteraufstand ins Land gegangen, aber lebensmäßigste Jahre sollte die Erinnerung daran gepflegt werden — den Armen zu Ruh, den Ausbeutern zum Trutz! Denn jenes Lied, das Jörn und Groll damals geboren und welches den unmittelbaren Anlaß zum blutigen Kampf gegeben hat, jenes Lied mit dem erfrischenden Donnerkreis:

„Ihr Schurken all, Ihr Satansbrut!  
Ihr höllischen Skizone!  
Ihr freßt den Armen Hab und Gut  
Und flucht wird euch zum Lohn!“

es könnte auch heute noch zahnnehrsichend überall da gesungen werden, wo arme Arbeiter von Freude und Lebensgenuß ausgeschlossen sind.

Aber auch den Ausbeutern von heute sollte die Erinnerung an den Hungeraufstand von 1844 ein warnendes Neneiseln sein! Nicht als ob die Weber wieder zur Agi greifen würden, nein, ihre Kampfmittel sind andere, wirksamere geworden. Aber le r e n e sollten sie aus der Vergangenheit, daß auch Webergeduld reichen, daß auch der niederbedrückteste Sklave zum Bewußtsein seiner Klassenlage erwachen kann. Denn die Geduld der schlesischen Weber von vor 70 Jahren war geradezu märchenhaft gewesen. Jahrzehntlang hatten sie sich die fette Märgung ihrer armliden Löhne gefallen lassen, hatten sie geduldig trotz der 1810 erlangten „Freiheit“ Fronen- und Hofdienste geleistet, Geld- und Naturalabgaben entrichtet, ebenso die Silberzins, das Grundgeld, den Hundehofen, das Garnspinnen, den Hühner-Gänse-Eier-Verkauf und Wächterzins an die Ausbeuter gezahlt, hatten von ihrem Hungerlohn Jagd- und Spinngeld, Gemeindegaben und Schulgeld, Grund- und Klassensteuer abgebarbt — alles bei einem Tage, „lohn“ von ganzen 4 Silbergroschen! Man lese nur nach bei Wilhelm Wolff, dem Freunde von Kar Marx, dem wir die Kenntnis der Vorgänge verdanken und auf den sich auch Gerhart Hauptmann bei der Dramatisierung des Webererlebens stützte. Es ist eine aufregende, den Hof immer aufs neue aufpeitschende Schilderung, die er uns bietet. Als schließlich auch der Schnaps nicht mehr half, als die dreifachen Zunahmen der Fabrikanten immer zunahmen, als

man den Armen gar den Rat gab, Gras zu freffen, wenn sie kein Brot mehr hätten, als man sich angehts der hungernen Weber nicht einmal scheute, offen mit Staatskarossen, prächtigen Gewändern und anderem Luxus zu prunken und schließlich gar diejenigen Weber, die das wilde Hungerlied vor den Häusern der Fabrikanten sangen, Jurapriester lieh, — da rief die Geduld der Geduldrigen, da trat, am 4. Juni 1844, der Strom über seine Ufer und auf den frechen Hohn antworteten die nun gänzlich verzweifelten Proletarier mit Weilen und Mißgeboten. Im Nu waren Hunderte bejammert: sie forderten beiderseits einen höheren Lohn und — ein Geschenk. (Ein Beweis, daß diese Armen alles eher denn Kommunisten waren, als welche man sie später beschrien hat!) Mit Spott, Hohn und Drohungen schlug man's ihnen ab. „Aun dauerte es nicht lange“, so erzählt Wolff auf Seite 52, „so stürmte die Masse ins Haus des Fabrikanten, erbrach alle Kammern, Gewölbe, Höden und Keller und getrimmerte alles. Von den prächtigen Spiegeleskimen, Trumeaus, Küstern, Oefen, Porzellan, Möbel — bis auf die Treppengeländer herab, zerriß die Bücher, Wechsel und Papiere, drang in das 2. Wohngebäude, in die Remisen, ins Trodenhaus, zur Mänge, ins Radhaus und stürzte die Waren zu den Fenstern hinaus, wo sie zerissen und mit Füßen getreten oder an die Umstehenden verteilt wurden.“ — Gar Mancher ah sich an diesem Tage zum erstenmal in seinem Leben satt! Man setzte die Paläste der Reichen abichtlich nicht in Brand, denn dann hätten sie ja Brandgelder erhalten, „und es kam doch darauf an, sie mal arm zu machen, damit sie erfahren, wie der Hunger tut“.

Wenige Stunden später griff der Brand auf die Nachbarhöfer über; diejenigen Fabrikanten, die den Hungernen mit kleinen Geschenken entgegenkamen, wurden verhöhnt — ein Beweis wieder, wie wenig sozialistisch „berhebt“ die Aufständischen waren. Daß sie den Waffen, der als Schwiegerjohn des reichen Fabrikanten Vierzig 20 000 Taler Vermögen erbeiratet und somit seinen Hunger gestillt hatte, der nun den Webern Ergebung und Ruhe und Frieden predigen wollte, daß man den Hungerband ins Wasser schmiss, war auch ohne Verhegung nur zu erklärlich.

Nur kurze Zeit dauerte die Mache der Weber. Am Freitag schon kam das Militär aus Schweidnitz an, das auf Befehl der Fabrikanten ein fürchterliches Blutbad unter den Hungernen anrichtete. Gleich bei der ersten Salve fielen 11 tot in den Schmutz und 24 wurden tödlich verwundet! Blindlings hatte die Soldateska in die Menge geschossen und auch Frauen und Kinder nicht gesont! Daß das die Weber rasend machen mußte, versteht sich von selbst, und mit Steinen und Knüppeln gingen sie gegen das Militär vor. Tatsächlich

mußte dieses, da auch die Weber immer mehr Suffurs aus der Nachbarschaft erhielten, bald den Rückzug antreten. Dafür trat dann am andern Tage die Zivilreaktion in Aktion: Hunderte wurden verhaftet, auch Frauen und Jugendliche, monatelang wurden sie in der Unterjochung gequält, wurde den Zeitungen verboten, überhaupt etwas von der Not der Weber zu bringen, wurde offiziell gelogen, die Weber seien aus purem Uebermut rebellisch geworden. Eine große Zahl wurde ins Zuchthaus gestan und es charakterisiert das ganze Elend der Weber, wenn Wolff schreibt:

„Doch haben sie den Trost, daß sie im Zuchthaus sich immer besser befinden, als in der sog. Freiheit. Sie werden wenigstens nicht verhungern, nachdem sie der Staat in seine Ohut genommen.“

Der zweite Vers des Blutgerichtesliedes, der sich früher auf die Fabrikanten bezogen hatte, bezog sich jetzt auf die Justiz:

„Hier wird der Mensch langsam gequält,  
Hier ist die Folterkammer!  
Hier werden Seufzer viel gezählt  
Als Zeugen von dem Jammer!“

Ihren kurzen Triumph mußten die Vermissten grausam dühnen: 83 von ihnen wurden zu schweren Strafen verurteilt, die bis auf 10jährige Schanzarbeit und zwei Tausend Reichshelien gingen! Die Not der Weber wurde aber nicht beseitigt, sondern gesteigert. Wolff aber, der den Herrschenden zugerufen hatte, sie sollten den Webern Bildung beibringen und damit möglichst auch zugleich für ihr körperliches Wohlergehen sorgen, wurde gehetzt und verfolgt, ins Gefängnis geworfen, ins Exil getrieben und geächtet! Aber was er damals, Juni 1844, 3 Jahre vor Erscheinen des kommunistischen Manifestes als Rettung aus dem kapitalistischen Elend vorgeschlagen, es traf das Nichtigste und gilt noch heute, wie es damals galt:

„Nur eine Reorganisation, eine Umgestaltung der Gesellschaft und Gemeinshaftlichkeit, mit einem Wort: der Gerechtigkeit, kann uns zum Frieden und zum Glücke führen.“

Weider haben das viele Tausende gerade der armliden Arbeiter bisher noch immer nicht begriffen. Mögen wenigstens einige von diesen aus den Vorgängen von vor 70 Jahren die nötigen Lehren ziehen, ehe es zu spät ist.

Wer sich von unseren Lesern über die Ereignisse und ihre Ursachen genauer informieren will, lese neben den oben angegebenen Schriften die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring, die eine glänzende Schilderung der damaligen Epoche bietet, sowie Gerhart Hauptmanns Meisterdrama „Die Weber“. Sämtliche Bücher sind in jeder Arbeiterbibliothek leichtweise zu haben.

dem vorigen Jahre gute Fortschritte gemacht. Während der vorjährige Jugendtag 250 Jugendliche zählte, waren es diesmal 600. Landtagsabgeordneter Profit-Ludwigs-hafen hielt die Ansprache.

Ein Teil der Jugendlichen Thüringens fand sich in Stadtlengsfeld zusammen. Der Festzug war auch hier verboten und vier Gendarmen hoch zu Ross hielten am Baiserturm, dem Ziel des Zuges, Wache, um die ankommenden Jugendlichen zu vertreiben. Aber diese wollten sich weber von Polizisten treiben lassen, noch auf ihren Festzug verzichten. Und während die Ordnungshüter am Baiserturm getreulich auf der Wacht standen, unternahmen die Jugendlichen ihren Massenparadepaziergang nach der hohen Warte, und als die 1000 Jugendlichen in geschlossenem Zug mit Musik in die Stadt zurückkehrten, stand der Baiserturm immer noch unter polizeilicher Ueberwachung.

In Hannover waren die Vertreter aus 17 Orten des hannoverschen Bezirks herbeigekommen. Die Festversammlung, in der Genosse Leinert sprach, war von mehr als 2000 Personen besucht. Bei der Befestigung der Schanze der Stadt war ein kolossales Polizeiaufgebot angestellt, das Zustandekommen eines Zuges zu verhindern. Ein solcher war aber nicht geplant, sonst wäre er auch trotz des polizeilichen Aufgebots ausgeführt worden. Die Arbeiterjugend Hessens war am 2. Pfingstfesttage im Jugendheim an der Bergstraße zusammengekommen. Im zerklüfteten Felsenmeer lauften die etwa 800 Jugendlichen begeistert der Festrede des Genossen Kaul-Offenbach.

Etwa 2000 jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen aus Nordböhmen und dem angrenzenden Zittauer und Görlitzer Gebiete hatte am 1. Pfingstfesttage eine Zusammenkunft in Reichenberg. Die Festrede hielt der Vizepräsident des österreichischen Abgeordnetenhauses Genosse Bernerstorfer. Nach dem Künstlerkonzert, das Sonntag nachmittag stattfand, bewegte sich ein imposanter Demonstrationzug durch die Stadt. Die Jugendlichen aus Preußen und Sachsen unternahmen Montag noch Ausflüge in die Umgebung Reichenbergs.

### Bewerkschaftliches.

Zur Nichtigstellung. In dem Bericht vom Bau Karlsruher des Deutschen Tabakarbeiterverbandes für 1913 in Nr. 122 (zweites Blatt) vom 28. v. M. heißt es unter Stützeart: Bei der Firma Tabakarbeiter-Genossenschaft „Tag“ kam durch Schiedspruch ein neuer Tarifabschluss zustande. Die wöchentliche Arbeitsdauer beträgt 4 1/2 Stunden. Die Tarifdauer beträgt 1 1/2 Jahre. Es muß heißen: Die Tarifdauer beträgt 1 1/2 Jahre.

Adolf Heising, Gauleiter, Karlsruhe.

### Aus der Partei.

Sagstsch, 4. Juni. Am Sonntag, 14. Juni d. J., begeht der sozialdem. Verein im Gasthaus zum „Sirs“ sein 10jähriges Stiftungsfest. Es ergeht daher an die hiesige gesamte Arbeitererschaft und eingeladene Vereine, sowie an unsere Parteivereine der Umgebung das Ersuchen, uns bei diesem Feste zahlreich zu besuchen. Unsere Parteigenossen treffen sich nachmittags 1/2 Uhr in der „Kanne“, von da Abmarsch mit Musik nach dem Festplatz.

Gleichzeitig machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß am kommenden Sonntag, 7. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Bahnhof“ Parteiverammlung stattfindet. In Anbetracht der Tagesordnung: Stellungnahme zum bad. Parteitag, ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

8. Reichstagswahlkreis. Den Parteigenossen und Funktionären zur Mitteilung, daß die Adresse des Kreisvorstandes jetzt lautet: D. Meilert, Mitterstraße 18. Telefon 244. Witwe Heier.

Oberkirch, 4. Juni. Sozialdem. Verein. Samstag abends halb 9 Uhr Mitgliederversammlung im „Bad. Hof“. Tagesordnung: Parteitag, Kreisvorstand und Bürgerauswahlgewahlten. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird erwartet.

Gengenbach, 4. Juni. Mit einer überaus wichtigen Tagesordnung hat sich die am Samstag abends präzis halb 9 Uhr in der Brauerei Willmann stattfindende Mitgliederversammlung des sozialdem. Vereins zu beschäftigen. Es wird Genosse Wolfstädter über den „neuesten Kurs in Baden“ sprechen, außerdem steht u. a. noch Stellungnahme zum badischen Parteitag auf der Tagesordnung. Da noch sonstige interne Angelegenheiten zur Sprache kommen, sollte kein Parteigenosse dieser Versammlung fern bleiben. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. (Siehe auch Vereinsanzeiger.)

\* Bebel-Porträt. Die Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs hat, wie wir schon kurz mitteilten, eines der beiden Gemälde, die der Maler Georg Eronnier in Hannover von unserem Genossen August Bebel zu dessen Lebenszeiten geschaffen hat, erworben. Das ältere Gemälde wurde bekanntlich von der Buchhandlung Vorwärts gekauft und in vierfarbigen Reproduktionen verbreitet; das von der Hamburger Organisation erworbene Porträt ist nun von unserer Hamburger Parteibücherei Auer u. Co. (Hamburg 96, Fehlandstr. 11) ebenfalls vervielfältigt worden. Die sehr gelungenen Reproduktionen in Vierfarbendruck kosten pro Exemplar 1 Mk. Den Parteioorganisationen werden diese Bebelbilder zum Vorzugspreis von 70 Pfg. pro Exemplar bei Partiebezug abgegeben. Bestellungen sind an B. Wiesner, Hamburg 96, Große Theaterstraße 44, zu richten.

\* Eine Waidtoursreise Dr. Franks in den Ver. Staaten. Wie wir hören, hat die deutsche Sektion der Sozialistischen Partei der Ver. Staaten dieser Tage an unsern Genossen Dr. Frank eine ehrenvolle Einladung zu einer Agitationstour durch die wichtigsten Städte der Ver. Staaten ergehen lassen. Die Reise soll nach den Vorschlägen unserer amerikanischen Parteigenossen bereits dieses Jahr in den Monaten August bis November stattfinden.

Von der „Neuen Zeit“ ist jenes das 10. Heft vom 2. Band des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Des Wirtes Glück und Ende. — Sozialdemokratie und Verstaatlichung. Von G. Kaufmann. — Zum Problem der Moral, Marx und Kant. Von G. Koller. (Schluß). — Der Bankrott der badischen Großpolitik. Von Hermann Kemmele. — Das Ende der liberalen Ära in Württemberg. Von H. Mattutat. — Notizen: Der demoralisierende Einfluß des Dienstbotenverhältnisses. Von G. E. Die Entwicklung der Elektrolinienindustrie. Von Sp.

Reuilleton: Gegenjähre in der antiken Geschichtsbildung. Von G. Joseph. — Literarische Rundschau: Otto Krille, Das stille Buch. Von Kessen. Die harte Scholle. Ausgewählte Romane und Novellen von Alfred Volz. Von A. G.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

### Soziale Rundschau.

#### Dritter deutscher Kongreß für Krüppelfürsorge in Heidelberg.

In Heidelberg fand am 3. Juni der 3. deutsche Kongreß für Krüppelfürsorge statt. Der Ehrenvorsitzende, Minister des Innern Frhr. v. Rodman, eröffnete den Kongreß, worauf Geh. Rat Krone aus Berlin im Namen des Reichsstatistikbureaus und der preussischen Regierung dem Kongreß herliche Wünsche entbot. Nach weiteren Begrüßungsansprachen des Vorsitzenden des Kongresses und des Oberbürgermeisters der Stadt wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zunächst behandelte Professor Dr. Wiejalski aus Berlin die Beteiligung des Staates an der Krüppelfürsorge. Der Redner forderte u. a. die Bildung einer Zentrale für Krüppelfürsorge unter staatlicher Führung und die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Unterstützung der Krüppelheime. Dann sprach Reichsrat Dr. Sperling aus Mannheim über Armenrecht und Krüppelfürsorge. Der Redner verwies im besonderen auf die Zustände in Baden. Das badische Armenrecht scheidet nicht nur Regelung der Erziehung und Erwerbsfähigkeit der Krüppel vor, sondern auch die Pflicht der Unterbringung bildungsunfähiger Krüppel in ein Heim.

Sodann gab der Vorkämpfer für die Krüppelfürsorge in Baden, Professor Dr. Vulpinus in Heidelberg, eine sehr bemerkenswerte Uebersicht über Knochenentzündungen und Krüppelfürsorge. Der Redner wies dabei darauf hin, daß in Deutschland jährlich 6000 Personen an Knochenentzündungen sterben, während in Baden und Hessen 11 800 Kinder durch sie zum Krüppel wurden. In seinen Darlegungen verwies Dr. Vulpinus auf die Erfolge in dem badischen Heilbad Rappenaau. — Nachdem noch Pastor Ulrich aus Graach bei Magdeburg die in Krüppelheimen anzuwendenden Erziehungsmittel beleuchtet hatte, wurde die Vormittagspause geschlossen.

Dr. Fürstenheim aus Miesbach i. O. und Erziehungsinspektor Würz-Berlin verbreiteten sich in der Nachmittagspause über den Seelenzustand des Krüppels. Pastor Werners aus Hannover besprach die Bildungsfähigkeit und Möglichkeit des Krüppels.

Von besonderem Interesse waren die Darlegungen von Geh. Obermed.-Rat Dr. Gausler aus Karlsruhe über die Angelegenheit der Kinderlähmung, wobei der Redner im besonderen auf die pinale Kinderlähmung zu sprechen kam. Sodann wurde beschlossen, im Jahre 1916 in Köln zu tagen.

\* Die private Lebensversicherung will nur gute Risiken! Die Reform der Lebensversicherung, wie sie durch die Volksfürsorge wenigstens für die kleine Lebensversicherung durchgeführt wird, zeigt sich immer deutlicher als eine dringende soziale Notwendigkeit. Die privaten Gesellschaften, die immer nur mit ihrem Profit, nie an die Versicherenden denken, haben nicht nur ihre Tarife so aufgestuft, daß neben einem geringen Aktiendividenden auch noch genügend Zinsen bleiben, sie haben sich auch stets für die schlechteren Risiken besonders bezahlt lassen. So macht jetzt z. B. die große und reiche Gesellschaft „Victoria“ bekannt, daß sie des größeren Risikos wegen Speisewagen- und Schlafwagenbeamte überhaupt nicht mehr in Versicherung nimmt und Straßenbahnführer nur noch gegen Zahlung der dreifachen Prämie!

Und trotz solcher jährlicher Millionengewinne! Die Volksfürsorge betrachtet es als eine Pflicht sozialer Gerechtigkeit, die Arbeiter, welche selbst ihr Leben täglich einem größeren Risiko aussetzen müssen, nicht noch besonders zu schädigen und hat deshalb auf Risikounterschiede verzichtet!

\* Können die öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten verlagert werden? Diese Frage ist bei dem Prozeß der Volksfürsorge gegen den Vorstand der ostpreussischen Provinzialanstalt, Rapp, dadurch aktuell geworden, daß zuerst Rapp, dann der preussische Landwirtschaftsminister unter Berufung auf eine Kabinetsordre vom Jahre 1831 den Kompetenzkonflikt erhob, worauf das Landgericht Königsberg das Verfahren einstellte. Die Angelegenheit schwebt noch, weil die Volksfürsorge eine Entscheidung des preussischen Kammergerichts herbeizuführen sucht.

Kunmehr ist aber diese Frage schon anderweitig entschieden in dem Sinne, daß das Ansehen Knapps abgelehnt wird. Die Notwendigkeit der Verlagerung des öffentlichen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt auf Unterlage bestimmter Verwaltungen ist durch die Volksgesetze nach Knappschem Muster geltend, daß sie... gemäß ihrer Verfassung und Verwaltung eine öffentlich-rechtliche Anstalt sei und daß alle Handlungen ihrer Beamten, soweit sie sich im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Tätigkeit halten und zum Betriebe selbst notwendig seien, als öffentlich-rechtliche Handlungen anzusehen seien und der Beurteilung durch Zivilgerichte nicht unterliegen. Danach wäre hier nicht der Rechtsweg zu beschreiten, sondern es müßte die Anrufung der übergeordneten Instanz als Aufsichtsbehörde erfolgen. Dies ist der Minister des Innern, der also auf eine Beschwerde zu entscheiden hätte.

Die Notwendigkeit entgegenzunehmen, daß dieser Standpunkt gegenüber der gewerblichen Art des Betriebs aller Versicherungsanstalten, also auch der öffentlich-rechtlichen, nicht halbiert sei und daß die Beurteilung derartiger Rechtsangelegenheiten immer Sache der Zivilgerichte wäre. Die erste Kammer für Handelsachen des Breslauer Landgerichts ordnete zunächst die gesonderte Verhandlung und Entscheidung über die prozeßhindernde Einrede der Unzulässigkeit des Rechtsweges an und erklärte in einer späteren Verhandlung den Rechtsweg für zulässig. Das Gericht fügte seine Entscheidung speziell auf ein Urteil des Reichsgerichts vom 29. April 1913, worin bei einer ähnlichen Streitfrage des Reichsjustizministeriums das Reichsgericht erklärt hatte, daß solche Handlungen der Beteiligung an dem allgemeinen Erwerbsleben nach privatrechtlichen Grundätzen zu beurteilen seien. Diese Gerichtsentscheidung entspricht auch dem Standpunkt, den der Unterstaatssekretär v. Delbrück im Reichstag einnahm.

Da die schlesische öffentlich-rechtliche Anstalt Verlegung eingeleitet hat wird nun auch das Oberlandesgericht Breslau zu entscheiden haben.

### Genossenschaftsbewegung.

\* Genossenschaftliche Fleischversorgung in der Schweiz. Vor einigen Monaten erregte der Versuch des Verbandes schweizerischer Konsumvereine, die Fleischversorgung der Konsumvereinsmitglieder durch gemeinsames Arbeiten mit einer Aktiengesellschaft zu regeln, großes Aufsehen. Es erhoben sich Stimmen, die meinten, die schweizerische Konsumgenossenschaftsbewegung habe sich in ein Abhängigkeitsverhältnis zu der kapitalistischen Welt-Aktiengesellschaft begeben. Dem Konsumvereinsgedanken sei damit große Schwächung zugefügt, weil den alten Anhängern der Aktien das Uebergewicht in der Gesellschaft auf Grund der höheren Zahl der Aktien verbleibe. Jetzt wird bekannt, daß der Verband schweizerischer Konsumvereine

zu den 1764 Aktien, die er vor einigen Monaten erworben, 900 neue Aktien übernommen hat und damit Inhaber von mehr als der Hälfte der Aktien geworden ist. Das heißt mit anderen Worten: Bei den schweizerischen organisierten Konsumenten liegt jetzt die Bestimmung über die Geschäftsgebarung der Welt-Aktiengesellschaft. Das nunmehr von dem Verbande schweizerischer Konsumvereine erreichte Ziel hatte dem Verbande schweizerischer Konsumvereine ungewissheit schon vorgezeichnet, als er eine Gemeinschaft mit der genannten Aktiengesellschaft einging. Er hat aber aus dem guten Grunde seine Pläne nicht an die große Glode gehängt, weil dadurch eine Preissteigerung der Aktien hätte verursacht werden können, was ihm teuer hätte zu stehen kommen müssen. Die neuen Aktien wurden jetzt zum selben Kurs erworben wie die anfangs übernommenen. Man kann den organisierten Konsumenten der Schweiz herzlich Glück wünschen für ihr zielbewusstes Vorgehen, daß nunmehr auf recht sicherer Grundlage eine genossenschaftlich kontrollierte Fleischversorgung sehr großer Konsumentenmassen verbürgt.

### Aus dem Lande.

#### Durlach.

\* Schutz vor den Durlacher Schussleuten muß man des öfteren vor Gericht suchen. Besonders die Karlsruher Bierfahrer haben unter der Anweisung der Durlacher Schussleute zu leiden. So wurde der Chauffeur W. der Brauerei Köpfer von dem Schutzmänn Schrotz angezeigt, weil er mit seinem Lastauto ohne Licht gefahren sei. Gegen den ergehenden Strafbefehl wurde gerichtliche Entscheidung beantragt; in der Verhandlung vor dem Schöffengericht Durlach wurde der Chauffeur unter Auforderung der Kosten auf die Staatskasse freigesprochen. Die Anzeige des Schutzmänn Schrotz stand also auf sehr schwachen Füßen. Er kam nämlich gerade dazu, als die Fahrer die ausgegangenen Lichter wieder anzubringen. Der Schutzmänn folgte einfach daraus, daß sie ohne Licht gefahren wären und erstattete einfach, ohne die Sache näher zu prüfen, Anzeige. Die Zeugen sagten so ziemlich das Gegenteil von dem aus, was der Schutzmänn Schrotz angab. Trotz seines Geldspruchs mußte er mit einer langen Kasse abziehen. Hoffentlich zieht der Herr nun eine Lehre aus dieser gerichtlichen Verhandlung, damit der Staat nicht wieder für die Kosten aufkommen muß, die von solchen überfertigen Schussleuten hervorgerufen werden.

\* Der Geländeüberweisungsvertrag mit der Gemeinnützigen Baugenossenschaft ist seinem Wortlaut nach nunmehr vom Gemeinderat genehmigt und die Ablösung des Geländes aus dem Allmendegut soll demnächst den Gemeindegliedern mit noch einigen anderen Fragen zur Bürgerabstimmung unterbreitet werden. So ist z. B. ein Teil des neuen Kaserengeländes Allmendegut, das gleichfalls bei der gleichen Bürgerabstimmung abgelöst werden soll. Nun hat der Gemeindegliederverein, offenbar unter dem Einfluß des Hausbesitzertums, beschlossen, die Gemeindeglieder aufzufordern, für die Ablösung des Kaserengeländes, aber gegen die Ablösung des für die Baugenossenschaft bestimmten Geländes zu votieren. Da nun wohl die größere Anzahl der Gemeindeglieder zur Miete wohnt und an einer Verbesserung der Wohnungsverhältnisse doch wohl ein großes Interesse haben sollte, andererseits sich auch unter den Gemeindegliedern zahlreiche sozialdemokratische Wähler befinden, wird das Ergebnis der Bürgerabstimmung nicht uninteressant sein und möglicherweise auch gewisse Konsequenzen haben.

\* Ueber die Volksschulverhältnisse bei Beginn des neuen Schuljahres berichtet das Rektorat der Volksschule an den Gemeinderat, daß die Schule von 2314 Schülern besucht wird, die in 60 Klassen von 22 Lehrkräften unterrichtet werden. Der Ganztagesunterricht ist nur in den Knabenklassen des 7. und 8. Schuljahres durchgeführt, da es bis zur Inbetriebnahme des im Bau befindlichen Schulhauses an Schulplätzen mangelt. Von den 2314 Volksschülern sind 1293 Knaben und 1061 Mädchen. 1744 sind evangelisch, 566 katholisch, 14 sonstigen Religionsgemeinschaften angehörig bzw. freireligiös.

\* Als Schulräte sind die Herren Leufler und Dr. Deis angestellt, wovon einer die Knaben und einer die Mädchen zu behandeln hat. Als Vergütung ist eine Kaufgale von 50 Pfg. pro Kind und Jahr festgelegt. Nach der Dienstvorschrift sind sämtliche Kinder beim Eintritt in die Schule und dann im 2. und im 8. Schuljahr zu unteruchen, im übrigen einzelne Kinder auf Veranlassung der Lehrer oder der Eltern bzw. deren Vertreter ufm. Die Dienstvorschriften, sowohl die örtlich erlassenen als auch die vom Ministerium ausgehenden, werden demnächst im Amtsverordnungsblatt veröffentlicht werden.

\* Sozialdemokratischer Verein. In der am kommenden Samstag stattfindenden Mitgliederversammlung werden sowohl die bevorstehende Generalversammlung des Wahlkreises als auch der Landespartei in Freiburg behandelt werden. Es ist demnach ein starker Besuch zu erwarten. (Siehe Vereinsanzeiger.)

#### Ettlingen.

— Nach dem Rechenschaftsbericht der bad. Lokal-Eisenbahnen A. G. (Albtalbahn) werden wieder 1 Prozent Dividende verteilt für das verlossene Geschäftsjahr. Die Gesamtlänge der im Betrieb befindlichen Bahnen blieb mit 165,94 Kilometer unverändert. Die Betriebseinnahmen sind mit Ausnahme der Linie Redarbisofsbahn—Hiffenhardt gestiegen. Die Gesamteinnahmen betragen 1 417 803 Mk. (i. V. 1 821 265 Mk.). Die Gesamtausgaben einschl. Rücklagen 986 198 Mk. (917 720 Mk.), so daß sich ein Betriebsergebnis von 431 605 Mk. (403 545 Mk.) ergibt. Davon entfallen auf die Albtalbahn 321 576 Mk.

#### Rastatt.

Öffentliche Turnerversammlung. Samstag, 6. Juni, abends 1/2 9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Rappen“ eine öffentliche Versammlung statt. Bezirksvertreter Zäda aus Grödingen wird über „Die Bedeutung der Arbeiterturnvereine für die Arbeitererschaft“ sprechen. In dieser Versammlung sind ganz besonders die Partei- und Gewerkschaftsgenossen und auch die gesamte Arbeitererschaft von Rastatt mit der Bitte um zahlreichen Erscheinen, freundlichst eingeladen. Die letzten Vorgänge im badischen Landtage, insbesondere das Vorgehen der Behörden gegen die Arbeiterturnvereine, müssen auch der Rastatter Arbeitererschaft die Augen geöffnet haben, es gilt deshalb in dieser Versammlung Protest zu erheben, gegen die Behandlung der Arbeitererschaft als Bürger 2. Klasse. Sorgt deshalb für einen starken Besuch dieser Versammlung.

#### Offenburg.

\* Sozialdemokratischer Verein. Die Parteigenossen seien auf die am Samstag abends im „Anker“ stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht. Die Tagesordnung enthält neben dem Bericht über die Würgerausstellungen noch Stellungnahme zum badischen Parteitag in Freiburg und Wahl von Delegierten zu denselben. Auch die Frauen werden erljucht, sich zahlreicher wie bisher an den Vereinsabenden zu beteiligen. Pünktliches Erscheinen sollten die Mitglieder als ihre Pflicht betrachten. (Siehe Vereinsanzeiger.)

Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 5. Juni.

Eine ministerielle Aufklärung.

Die „Karlsruher Zeitung“ teilt in ihrer gestrigen Nummer folgendes mit:

„In Nr. 125 des „Volksfreund“ vom 2. Juni 1914 wird mitgeteilt, daß ein Pforzheimer Gesangsverein ebenfalls wie der Kassalla (in Karlsruhe) die Gesangsveranstaltung am Pfingstmontag vormittag verboten worden sei, daß jener Verein sodann wie die Kassalla sich an das Ministerium wandte und die Erlaubnis erhielt, während sie der Kassalla verweigert wurde.“

Diese Nachricht ist nicht zutreffend.

Der Gesangsverein Sängerkreis Weizenstein in Pforzheim beantragte, ihm die Erlaubnis zur Veranstaltung von Gesangsvorträgen während des Vormittagsgottesdienstes am Pfingstsonntag und Pfingstmontag zu erteilen. Dem genannten Verein wurde eröffnet, daß der beabsichtigte Gesangsvortrag im städt. Saalbau in Pforzheim am Pfingstsonntag bis nachmittags 3 Uhr, am Pfingstmontag während der Dauer des vormittägigen Gottesdienstes unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgehalten werden könne. Es fanden dann die Bestimmungen des § 7 der Verordnung vom 18. Juni 1892, die weltliche Feier der Sonn- und Festtage betr., keine Anwendung, da es sich nicht um öffentliche Musikaufführungen handle. Auf eine erneute Vorstellung des Gesangsvereins Sängerkreis Weizenstein, den Gesangsvortrag am Pfingstsonntag unter Zutritt der Öffentlichkeit insoweit zuzulassen, als der vormittägige Gottesdienst davon nicht berührt wird, wurde dem Verein eröffnet, daß das Ministerium des Innern nicht in der Lage sei, die öffentliche Veranstaltung des Gesangsvortrages am Pfingstsonntag vor 3 Uhr nachmittags zu gestatten. Der Sängerkreis Weizenstein hat für den Gesangsvortrag trotz des Verbots die Öffentlichkeit zugelassen. Gegen den verantwortlichen Leiter der Veranstaltung ist Strafanzeige erstattet.“

Demnach scheint also der Verein von Weizenstein, der sich um die ministeriellen Bescheide einfach nicht kümmert, der Schuldige zu sein. Unklar bleibt uns jedoch auch, wie das Ministerium sich die Abhaltung eines Gesangsvortrages unter „Ausschluß der Öffentlichkeit“ denkt. U. E. ist eine Kontrolle bei dem anbauenden Ab- und Zugehen der zum „Wettstreit“ antretenden Vereine einfach unmöglich, außer man müßte die Leute von morgens 8 bis mittags 3 Uhr in das Festlokal einsperren. Dennoch scheint uns aber das Ministerium diesem bürgerlichen Verein gegenüber das größtmögliche Entgegenkommen gezeigt zu haben; einem Arbeiterverein hätte man sicher nicht solche Konzessionen gemacht. Die nun kommende Strafe wird der Verein von Weizenstein gern tragen, denn bei solchen Gesangsvorträgen wird meistens von dem veranstaltenden Verein so viel verdient, daß er gerne ohne Bewerbe eine kleine Geldbuße in die Staatskasse zahlen wird.

Sozialdemokratischer Verein Weiertheim. Samstag, 6. Juni, abends 9 Uhr, findet die Monatsversammlung im „Weiertheimer Hof“ statt. Da eine sehr wichtige Angelegenheit besprochen werden muß, ist es unbedingte Pflicht einer jeden Genossin und eines jeden Genossen zu erscheinen. Die Stadtverordnetenwahlen haben uns gelehrt, daß wir nie ruhen und rasten dürfen, sondern auch in den ruhigen Zeiten erst recht die Versammlungen besuchen und agitieren müssen. Auch die ausgezogenen Genossinnen und Genossen werden ersucht, sich in unseren Versammlungen einzufinden. Die Bibliothekbücher sind mitzubringen wegen der nötigen Inventur. Die Verwaltungsmitglieder treffen sich um 1/2 9 Uhr.

Von der Südbadener Eisenbahn. Die Verhandlungen wegen Erwerbung der schmalkurigen Lokalbahn Südbadener Eisenbahn durch die Stadt Karlsruhe sind soweit gediehen, daß der Abschluß nahe bevorsteht. Nach dem Eigentumsübergang soll die Bahn aus der Kriegstraße entfernt und in die Gartenstraße und auf den Bahnhöfen der ehemaligen Maxaubahn verlegt werden, wo sie dann einen Teil der neuen Westlinie bildet. Die ganze Bahn wird natürlich elektrifiziert. Eisenbahnmuseum. Die Generaldirektion der Staatsbahn beabsichtigt hier ein Eisenbahnmuseum einzurichten. Sie hat bereits die Zentral- und Bezirksstellen beauftragt, nach Gegenständen aus der Entwicklung des Eisenbahnwesens Umschau zu halten, die vielfach keinen Gebrauchswert mehr haben und für die Entwicklungsgeschichte von Wert sind. Ueber den Erfolg dieser Umschau soll bis zum 1. Oktober berichtet werden. Die Generaldirektion nimmt auch Anwendungen aus Privatbesitz entgegen.

Unfälle. In einem Geschäft der Kronenstraße hier fiel gestern nachmittags ein Arbeiter auf dem Kopf. Ein 18 Jahre alter Kaufmann, der sich bei dem Spritze umkleiden wollte, erlitt dabei einen Bruch des Halsbeins und mußte ins städtische Krankenhaus aufgenommen werden. Am 3. 1. Mts. nachts gegen 12 Uhr geriet das Automobil eines auswärtigen Arztes außerhalb Karlsruhes von der Straße ab und fuhr in eine Wiese. Hierbei fiel die Frau des Arztes gegen die Schutzscheibe und schnitt sich die Nase durch. Es mußte ihr hier ein Notverband angelegt werden.

Veranstaltungen.

Die Karlsruher Athleten-Gesellschaft errang beim Verbandfest des schwäb. Athletenverbandes, das über die Pfingstfeiertage in Borch (Württemberg) stattfand, schöne Erfolge. Der Verein veranstaltet am kommenden Sonntag, 7. Juni, sein diesjähriges Waldfest, verbunden mit Tanz, Musik und Volksbelustigungen. Das Fest verspricht deshalb ein unterhaltendes zu werden.

Der Gesangsverein „Adenia“ veranstaltet am Sonntag, 14. Juni, einen Ausflug in das schöne romantische Neckartal. Die Fahrt geht über Heidelberg nach Zwingenberg, woselbst Besichtigung des Schlosses, ein Bauwerk mittelalterlicher Befestigungslust, vorgesehen ist. Nach einer einstündigen Wanderung durch die schöne Landschaft, Aufenthalt in Eberbach, woselbst Besichtigung der Stadt. Nachdem erfolgt Abfahrt mit dem Extrazug nach Heidelberg zur Schloßbeleuchtung. Es ist von der Veranstaltung Sorge getragen, daß sämtliche Teilnehmer die Schloßbeleuchtung vom Schiff aus sehen, was jedenfalls von jedem einzelnen begrüßt werden wird, der den Menschenantrieb bei dieser Gelegenheit kennt. Es sei noch auf die in heutiger Nummer stehende Anzeige aufmerksam gemacht; es wird sich lohnen, diese Gelegenheit zu benutzen und den Ausflug mit der „Adenia“ mitzumachen.

Zur Lage in Albanien.

Durazzo, 4. Juni. Der hier eingetroffene Gouverneur von Elbasan berichtet, daß die Stadt von den Aufständischen belagert werde. Er glaubt aber, daß die dem Fürsten beigegebenen internationalen Truppen den Belagerern werden widerstehen können. Der albanische Führer Detoaki aus Kroja erzählt, von Elbasan südwärts und westlich von Skutari liege alles in hellem Aufruhr.

Paris, 4. Juni. Der offiziöse Petit Parisien veröffentlicht folgende Depesche aus Rom: Die Herrschaft des Prinzen zu Wien wird von kurzer Dauer gewesen sein. Es scheint festzustehen, daß die Mächte darauf verzichtet haben, diesen Herrscher den Albanesen aufzuzwingen. Man sucht nur noch ein elegantes Mittel, damit der Prinz Durazzo verlassen kann, ohne den Rest seines Prestiges zu verlieren. Inzwischen beschäftigt man sich bereits mit der Frage seines Nachfolgers.

Durazzo, 4. Juni. Die Kontrollkommission war um 2 Uhr 20 nach Schlast zu den Aufständischen gegangen, von wo sie nach 7 Uhr abends zurückkehrte, um dem Fürsten sofort Bericht zu erstatten. Die Aufständischen halten danach, während sie in anderen Punkten nachgeben wollten, ihre erste Forderung aufrecht, daß ihnen ein mohamedanischer Fürst oder türkische Oberhoheit gegeben werden müsse, und sind trotz längerer Verhandlungen davon nicht abgegangen. Die Kommission sieht nunmehr ihre Bemühungen als beendet an und hat dem Fürsten dies mitgeteilt, der sich seine Entscheidung vorbehalten hat.

Englische Truppen für Albanien.

Malta, 4. Juni. Das englische Kriegsschiff „Duke of Edinburgh“ ist gestern nach San Giovanni de Madua abgegangen. Es hat 8 Offiziere und 382 Mann des Warwickshire Regiments an Bord. Die Truppen sind Feldmäßig ausgerüstet.

Letzte Nachrichten.

Vom badischen Murgwerk.

Kastatt, 4. Juni. In der Sitzung der Zweiten Kammer und der Beratung über den Voranschlag für das Murgwerk sind bekanntlich Anstände nicht erhoben worden. Dagegen liegen gegen die Verleihung, die der Bezirksrat in Kastatt der Regierung jüngst für die Erbauung und den Betrieb des Murgwerkes erteilt hat, einige Beschwerden bei dem Ministerium des Innern vor, die noch der Entscheidung harren und die hauptsächlich die Entschädigungsfrage betreffen. Ohne Rücksicht auf den Erfolg der Rekluse geht natürlich der Bau des Murgwerkes weiter, denn die Verleihung, die das Wassergesetz vorschreibt, ist rechtsgültig erfolgt. In den Beschwerden gegen die Entscheidung des Bezirksrats Kastatt wird bekanntlich die Ansicht vertreten, daß die Murg ein nichtöffentliches Gewässer sei. Dies hat auch ein Vertreter der klagenden Interessenten, Rechtsanwalt Dr. Dieß in Karlsruhe in einer längeren Denkschrift behandelt. Für die Erbauung des Murgwerkes kommt lediglich die Bestimmung des neuen Wassergesetzes in Betracht, wonach jede Wasserkraftausnutzung an öffentlichen und nichtöffentlichen Gewässern der Verleihung bedarf.

Die Arbeitslosenvorlage gescheitert.

München, 4. Juni. Die Kammer der Abgeordneten beschäftigte sich heute nochmals mit der Regierungsvorlage betr. die Einstellung von 75 000 Mann für jedes der beiden Budgetjahre zur Förderung der gemeindlichen Arbeitslosenversicherung in Bayern. Von der Kammer der Reichsräte war diese Forderung abgelehnt worden, dagegen hatte sie die gleiche Summe im Budget stehen lassen für die Förderung der gemeindlichen Arbeitsvermittlung. Neben aller Parteien, mit Ausnahme des Bundes der Landwirte bedauerten die Haltung der Reichsräte, wobei der Sozialdemokrat Kimm scharfe Angriffe gegen die Kammer der Reichsräte richtete. Fast einstimmig lehnte schließlich das Haus ab, dem Beschluß der Kammer der Reichsräte beizutreten. Damit ist die Einführung der gemeindlichen Arbeitslosenversicherung mit staatlichen Zuschüssen gescheitert, da nach der Verfassung ein Gegenstand, über den sich beide Kammern nicht einigen, in derselben Session nicht wieder zur Beratung kommt.

Die Frage der Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens.

Eisenach, 4. Juni. Die Verkehrsdeputierten des deutschen Handelstages und zahlreicher Handelskammern Deutschlands trafen hier zur Beratung von Fragen betr. eine Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens zusammen.

Reichstagsersatzwahl.

Koburg, 5. Juni. Der Termin für die Reichstagsersatzwahl für den bisherigen Abgeordneten Dr. Quard ist auf den 10. Juli festgesetzt worden.

Das neue französische Kabinett.

Paris, 5. Juni. Wenn Bourgeois nicht ablehnt, dürfte sich das Kabinett wie folgt zusammensetzen: Vorsitz und Unterricht: Viviani; Justiz: Jean Dupuy; Auswärtiges: Léon Bourgeois; Inneres: Malvy; Krieg: Messimy; Marine: Peytral; Finanzen: Rouleux; öffentliche Arbeiten: Renoult; Ackerbau: Reinaud; Handel: Thomson; Arbeit: Metin und Kolonien: Lebrou.

Bei der Springprozeßion gestorben.

Luzemburg, 4. Juni. Der Führer der Luxemburgischen Zentrumspartei, Rechtsanwalt Philipp Bed zu Echterenach wurde, während er im Chor der Basilika des heiligen Willibrord der weltberühmten Springprozeßion am Pfingstsonntag beiwohnte, von einem Herzschlag betroffen und war sofort tot.

Einkommensteuergesetz in Holland.

Amsterdam, 4. Juni. Gegen die Stimmen der christlichen Opposition hat die Zweite Kammer das neue Einkommensteuergesetz angenommen. Anstelle der bisherigen Gewerbe- und Vermögenssteuer tritt eine allgemeine Einkommensteuer.

N. Obstmarkt. Laut Bekanntmachung findet jeden Dienstag und Samstag von morgens 6 Uhr an ein Obstmarkt statt. Es wäre nun angebracht, wenn die Marktcommission darauf ihr Augenmerk richten würde, daß kein unrefes Obst auf den Markt kommt resp. nicht feilgeboten werden darf. Die Verkäufer kümmern sich wenig darum, ob solches Obst gesundheitsmäßig ist oder nicht, wenn sie nur recht hohe Preise erzielen. Aus diesem Grunde bringen viele Leute ihr Obst so frühzeitig auf den Markt, weil sie fürchten, daß, wenn sie warten bis das Obst wirklich reif ist, sie diesen hohen Preis nicht mehr erhalten. Bekanntlich gibt es Leute, die für das erste Obst ganz unverhältnißmäßig hohe Preise verlangen, obwohl dasselbe vom gesundheitlichen Standpunkt betrachtet ganz minderwertig ist.

\* Pforzheim, 4. Juni. Der ledige Schneider Heinrich Welter aus Rippes ist gestern mit 1000 M. geflüchtet, die er im Auftrag seines Arbeitgebers auf einer Bank erhoben hatte. Er sollte damit verschiedene Zahlungen leisten. Welter hat noch eine viermonatliche Gefängnisstrafe wegen Hehlerei zu verbüßen.

\* Blittersdorf (A. Naftatt), 4. Juni. Aus dem Rhein wurde die Leiche des 14jährigen Gärtnerlehrlings Louis aus Straßburg gelandet. Er hat beim Baden im Rhein den Tod gefunden.

\* Neutern (A. Brudsal), 4. Juni. In der verflochtenen Nacht wurde beim Gemeinderichter ein Einbruchdiebstahl verübt. Dem Diebstahl fielen 2000 M. in die Hände, gefahren sein. In der Sonntagsnacht wurde bereits in der Sparrasse eingebrochen, ohne daß den Dieben eine Beute in die Hände fiel.

\* Waldorf, 4. Juni. Bei den Arbeiten zur Legung der Wasserleitung ereignete sich gestern nachmittags ein Unglücksfall. Durch Einfügen der Vericalung eines 1,80 Meter tiefen Ganges und durch nachdringende Erdmassen erlitt ein Arbeiter einen Schläfenhirnblut, einen Weindruck und verschiedene starke Quetschungen. Nach halbtägiger Arbeit konnte der Unglückliche aus seiner hilflosen Lage befreit werden.

\* Rehl, 4. Juni. Auf dem Straßburger Bahnhof wurde beim Reinigen eines 4. Klassenwagens in einem Paket die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts aufgefunden. Da der Wagen auch auf der badischen Strecke nach Appenweier und nach Oppenau geführt wurde, so jagndet die Staatsanwaltschaft auch in Baden nach der Täterin.

Gerichtszeitung.

\* Ein Einbrecherbesitz, der sich auf die Schlösser des unterbadischen Adels kapriziert hatte, hatte sich in der Person des Fabrikarbeiters Johann Massenheimer aus Bous (Kreis Saarlauts) vor der Strafkammer Mosbach zu verantworten. Die Beute, die er bei seinen Einbrüchen in die Schlösser zu Heinsheim (Fhr. v. Madwig), Hochhausen (Graf v. Helmsholtz), Schallhausen (Fhr. v. Goler) und Redarsteinach (Baron von Dorth) gemacht hatte, waren teilweise recht ansehnlich. Man erkannte gegen den schwer vorbestraften Angeklagten auf eine Gesamtzuchthausstrafe von 7 Jahren.

Neues vom Tage.

Unglücksfall.

Mannheim, 4. Juni. (Privattelegramm). Bei den Erweiterungsarbeiten der Oppauer Fabrikanlage der Badischen Anilin- und Sodafabrik fuhr heute nachmittags ein Tiegelzug der Firma Willersinn über das Gleis hinaus und stürzte um. Der Lokomotivführer Schiebert aus Wiesheim maulte sich durch Abpringen retten, kam aber unter die Maschine und wurde erdrückt.

Stiftung für Geschädigte.

Berlin, 5. Juni. Eine Frau hat der Stadt testamentarisch 50 000 M. vermacht; aus den Zinsen sollen bedürftige, von ihren Männern verlassene oder in Ehegerichtsprozessen lebende Frauen der Stadt Berlin ohne Unterschied der Konfession Unterstützung erhalten.

Eine Epitaph à la Thormann.

Schwerin, 3. Juni. Der verheiratete Direktor der städtischen Elektrizitätswerke in Schwerin, Schröder, hatte sich für einen Diplomingenieur und einen Vorkurschaffler ausgegeben. Als solcher spielte er eine Rolle in der Schweriner Gesellschaft. Es hat sich jedoch ergeben, daß er nicht einmal im Besitz des Einjährigengeneralsdiploms ist. Der Pfanddirektor hat eine ganze Reihe kleiner Geschäftsleute um mehr oder minder große Beträge geschädigt. Nach der kurzem gelang es ihm, bei einer Wand in Darlehen von mehreren laufend Markt sich zu erschwindeln. (Berliner Tageblatt.)

Der Prozeß gegen den Dieb der Monna Lisa.

Mosca, 4. Juni. Heute wird hier der Prozeß gegen den Dieb der Monna Lisa beginnen. Für die Verhandlungen sind zwei bis drei Tage in Aussicht genommen.

Drahtloser Fernsprecher.

Paris, 5. Juni. Gestern fanden mit einem von den Marinspizazieren Colin und Jeanne erfundenen drahtlosen Fernsprecher zwischen Paris und dem 200 Kilometer entfernten Metztrah Versuche statt, die den Wittern zufolge ein verblüffend glänzendes Ergebnis hatten.

Von den Suffragetten.

London, 5. Juni. Die Polizei wird von jetzt ab in jedem Falle, in dem durch Frauenstimmrechtlerinnen öffentliches Eigentum zerstört wird, beim Zivilgericht auf Schadenersatz klagen; das Ministerium des Innern hat sich jetzt dazu entschlossen, die reichen Fonds der Frauenstimmrechtlerinnen, die nicht wenig zur Weiterführung der Agitation geholfen haben, anzugreifen.

Wilderentente.

London, 4. Juni. Die beiden Wilder, die in der Doregalerie von einem Wahlweibe mit einem Beil zerschlagen worden sind, können nicht wieder hergestellt werden. Es handelt sich um einen Stich von Bartolotti im Werte von 8800 M. und um eine Zeichnung von Chappand, dessen Wert auf 2100 M. beziffert wird.

Die Katastrophe der „Empress of Ireland“.

Montreal, 3. Juni. Die Befürder der „Storstad“ machen in Folge der Forderung der Canadian Pacific Gesellschaft auf Schadenersatz von 8 Millionen für den Verlust der „Empress of Ireland“ eine Gegenforderung von 200 000 M. für Beschädigungen am Schiffkörper der „Storstad“ und sonstigen Schäden geltend.

Montreal, 4. Juni. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die „Empress of Ireland“ demnächst gehoben werden. Das Schiff befindet sich ungefähr 50 Meter unter Wasserfläche.

Großer Betrugsprozeß.

Petersburg, 4. Juni. Ein sensationeller Prozeß gegen zwei bekannte sibirische Millionäre, die Gebrüder Semerov aus Blagoweschtskensk, von denen einer Direktor der Stadtbank war, hat in Warkchau begonnen. Beide Millionäre haben sich jahrelang in Sibirien in Nizza mit der Herstellung von falschem Papiergeld beschäftigt. Sie haben dabei über eine Million falsche Hundertmarkcheine in Umlauf gesetzt. Im Prozeß treten 74 Angeklagte und 487 Zeugen auf. Die Akte umfaßt 30 Druckseiten. Der Prozeß dürfte mehrere Wochen dauern.

kommensteuer. Daneben wird eine Vermögenssteuer als Ergänzungsteuer für die Einkommen aus Besitz erhoben.

Präsidentenwahl in der französischen Kammer. Paris, 4. Juni. Deschanel ist mit 411 von 435 gültigen Stimmen endgültig zum Präsidenten der Kammer gewählt worden.

Englischer Arbeiterbund. London, 4. Juni. Vertreter der Bergleute, der Eisenbahner und der Transportarbeiter haben heute in London eine vertrauliche Besprechung abgehalten zwecks Schaffung eines großen Arbeiterbundes.

Die „Weißen Wölfe“. Peking, 4. Juni. Die Banden des „Weißen Wolf“ konnten sich erneut konzentrieren. Sie plünderten die Stadt Taoschu im Süden der Provinz Gansu und das berühmte Kloster der Lama in Choni.

gehalten werden und umzingeln augenblicklich einen Berg, auf welchen sich die „Weißen Wölfe“ zurückgezogen haben.

Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften. New York, 4. Juni. Das Repräsentantenhaus nahm mit 207 gegen 1 Stimme ein Amendement zur Antitrustbill an, wodurch die Rechtsfähigkeit der Arbeitergewerkschaften anerkannt wird.

Vereinsanztzer. Karlsruhe. (Sängerbund „Vorwärts“). Heute abend Singstunde. Nach Schluß derselben wichtige Besprechung. Erscheinen aller Säger ist Pflicht.

Feierheim. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 6. Juni, Punkt 9 Uhr, Versammlung im „Feierheimer Hof“.

auf freundlichste ein und bitten um zahlreiche Beteiligung, insbesondere ist das Erscheinen aller Säger notwendig.

Wasserstand des Rheins. 5. Juni. Schusterinsel 2.57 m, gef. 9 cm, Kehl 3.30 m, gef. 6 cm, Maxau 5.20 m, gef. 7 cm, Mannheim 4.71 m, gef. 13 cm.

Leichte Sommerkleidung. Lüstre-Joppen . . M 3.50 4.80 6.50 8.50 bis 15.00. Leinen-Joppen . . M 1.25 1.90 2.75 3.50 bis 7.50. Sommer-Loden-Joppen M 2.75 3.50 4.80 bis 12.00.

Sozialdemokratischer Verein Durlach. Wir legen hiermit unsere Parteigenossen und Genossinnen geziemend in Kenntnis, daß unsere langjährige Genossin Christina Boschert am Donnerstag nach langer Krankheit gestorben ist.

Allgemeine Ortskrankenkasse Bruchsal. Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß durch Beschluß des Vorstandes unsere Geschäftsräume vom 8. Juni 1914 für das Publikum wie folgt geöffnet sind:

Dienger-Stiftung. Aus der Stiftung der Frieda Dienger, Ehefrau des Dr. Josef Dienger sind auf 17. Juli 1914 — 1120 Mark — verfügbar.

Standesbureauzuge der Stadt Karlsruhe. Geburten vom 28. Mai bis 3. Juni. Emil, B. Lorenz Birth, Zigarrenmacher. — Theresia, B. Georg Graf, Welfer.

Stroh-Hüte. Besonders preiswerter Saison-Verkauf! Engl. Rustic-Geflecht M 1.50 1.90 2.50 3.00 3.50 4.00 4.80 etc. Matlot-Form. Diverse Stroh-Geflechte M 1.25 1.80 2.50 3.50 4.50 etc. Bast-Geflecht echt „Italien“ weiss M 1.20 1.80 2.50 3.25 3.80 4.50 5.00 etc.

K.F.C. PHÖNIX PHÖNIX — ALEMANNIA. Sportplatz links der Rheinalbahn entlang. Telefon 1838. Sonntag, den 7. d. Mts., 8 Uhr nachmittags.

Viktoria I u. II gegen Frankonia II und III. Beginn 1/2 und 3 Uhr. 13., 14. und 15. Juni 1914: Grosses Preiskegeln im „Gottesauer Schlosse“.

Fussball-Club Mühlburg Verein für Rasenspiele. e. V. — Gegr. 1905. Mittgl. d. Verb. schid. Fussball-Vj Samstag, den 6. Juni, Spielerversammlung.

Möbel-Verkauf. Schöner, ein- und gebraucht versch. Betten, hoch- und halbranz, Waschkommode, mit und ohne Marmor u. Spiegel, Nachttische, versch. Stühle, Tische, Divan, Schreibstisch, Federbetten und sonst verschiedenes.

Zähringerstr. 23. Sonntag, den 7. und 14. Juni von 11—6 Uhr abends geöffnet. Zu verkaufen: Kompf schönes Bett 30 M, schönes Sofa 16 M, schöner Küchenschrank 15 M.

Ar. Ein t D n 4 in Dem der Mi 1. Ber 2. Der Str befoigt a Arber halb stattfinde unsere in freumblich NB. Abfahrt Geso Wir siegen n schreibe. sind freu Weg bestim Ramme Im Sp

Wie alljährlich vor Eintritt des Hochsommers

verkaufen wir nur diese Woche

1447

# sämtliche Frühjahrs-Konfektion

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

wie wollene Kostüme, Paletots, Mäntel, Jacketts, Kostümröcke, Tailleurkleider u. Blusen in Wolle u. Seide.

### Kostüme

Ein Posten **ältere Kostüme** ohne Rücksicht auf den früh. Preis, darunter sehr teure Sachen . . . **M. 16.75 u. 12.75**

Ein Posten **Coté u. Kammgarn-Kostüme** schwarz und marine Wert bis 55.00 **M. 29.50 26.50 19.75**

Ein Posten **Fantasie-Kostüme**, aparte Schoss- u. Fass. Wert bis 72.00 **M. 42.00 36.00 29.50**

Ein Posten **Modell- u. Schneider-Kostüme** das Beste vom Besten, letzte Neuheiten Wert bis 110.00 **M. 63.00 58.00 47.00**

### Paletots und Mäntel

Ein Posten **englische Paletots** nur gute Stoffe, ältere Sachen **M. 9.75 7.50 5.00 und 3.00**

Ein Posten **Fantasie-Paletots** darunter hochaparte Stücke **M. 26.50 19.75 12.75**

Ein Posten **schwarze Paletots**, in reinwollenem Tuch und Kammgarn **M. 26.50 19.75 14.75**

Ein Posten **Seidene Mäntel**, in hübschen Modifarben, Wert bis 55.00 **M. 29.50 26.50 19.75**

### Tailleur-Kleider

Ein Posten **wollene Kleider**, nur neue gefl. Passons **M. 26.50 19.75 16.75 und 10.00**

Ein Posten **Tailleur-Kleider**, aparte sehr teure aparte Sachen . . . **M. 29.50**

Ein Posten **Seiden-Kleider**, nur aparte Neuheiten in Taffet Paillette **M. 39.50 und 29.50**

Ein Posten **hocheleg. Modellkleider** letzte Neuheiten in Seide, Voile, Ninon etc. darunter teure Stücke **M. 69.00 59.00 49.00**

Ein grosser Posten **Blusen** in Wolle, Wollmusselin, Seide, Spitzen **spottpillig.**

**Ferner sämtliche Wasch- u. Sommer-Konfektion.**  
Unter Anderem: Ein Posten schöne Leinen-Kostüme 5.—, 7.90, 9.75, Leinen-Kostümröcke 3.90, weisse Cheviotpaletots 3.—, Eine Serie Alpaca-Kostümröcke, schwarz u. marine 6.90, Ein Posten Voile- und Wollmusselin-Blusen 1.05 (früher bis 8 Mk.), Eine Partie Seidenblusen 3.90, Waschungerröcke 1.25. **Sensationell billig!**

Eine Serie **Kostümröcke** in schwarz, marine, schwarz und weiss kariert **weit unter Preis.**

Dieser Verkauf dauert nur von Donnerstag, 4. Juni bis Samstag, 12. Juni d. Js.

## Hirt & Sick Nachf.

Die reduzierten Sachen hängen meist auf Extra-Ständern aus.

### Sensationelles Angebot für Brautleute!

Komplette Einrichtung wie folgt:  
a. **Schlafzimmer**, bestehend in: 2 Bettstellen mit guten Matratzen, 2 Schönerbetten, 2 Stuhl, 2 Kammern, 2 Spiegel, 2 Nachttische, 1 Spiegelauflage, 1 Waschkommode, 1 Spiegelkranz.  
b. **Wohnzimmer**, bestehend in: 1 Vertiko mit Spiegel, 1 Blüsch-Diwan, 1 Tisch, 4 Stühle.  
c. **Küche**, bestehend in: 1 Küchenschrank, 1 Tisch, 2 Hocker zusammen für den enorm billigen Preis von nur

**Mk. 375.—**  
abgegeben. 1465  
**Möbelhaus Werner**  
Schloßplatz 13, Eingang Karlsruherstraße.

### Anzüge

getragen, von M. 8.— an, neue, moderne Farben, von M. 13.— an.  
Hosen, von M. 2.50 an.  
**Kriegstraße 3a,**  
Eingang Ruppertstraße, Raden

### Verkaufe und Käufe

fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Zahngebisse, Pfandstücke, Möbel, Reisekoffer.

**Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy**  
Markgrafenstr. 22, Tel. 2015.

### Gegen Zahnschmerz Blasscolin

in die Ohren. Erhältlich in allen Apotheken u. Drogerien.

### Aufgepaßt!

Getragene und neue Herren- und Damen-Kleider, Bekleidung, Uhren, Möbel, Kauf man am allerbilligsten und besten bei der altbetannten Firma

**K. Maier,**  
Markgrafenstraße Nr. 16.

### Herren- und Damen-Kleider

reinst und färbt billig  
**Färberei Firnrohr,**  
Kaiserstraße 28, 1171

### Fortwährend werden bei F. Waldbogel

Durlacherstraße 55, guterhalt. Herren u. Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Bekleidung usw. zu Ausnahmepreisen verkauft. 7699

An Nachmittagen kann Jemand Beschäftigung finden in leichter Friedhof- und Gartenarbeit. Jakob Wüthel, Friedhofgärtner, Karlsruhe, Karl-Wilhelmstr. 28.

### Aufforderung.

Auf 1. Juni ist das Schulgeld für die  
Goetheschule,  
Humboldtschule,  
Lessingschule, 1464  
Fichteschule,  
Oberrealschule und  
Realschule  
für das III. Tertial 1913/14 (Ostern bis Herbst 1914) zur Zahlung fällig.  
Die Zahlungspflichtigen werden deshalb aufgefordert, das verfallene Schulgeld bis längstens 15. Juni 1914, unter Vorlage der zugestellten Forderungszettel, an der zu entrichten.  
Karlsruhe, den 5. Juni 1914  
Städt. Schulkasse.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.  
Samstag den 6. Juni, abends halb 9 Uhr, findet in der Gewerkschaftszentrale (Kaiserstraße 18), eine **Mitgliederversammlung**

statt. Tagesordnung:  
1. Bericht vom Verbandstag in Dresden.  
2. Derliche Verbandsangelegenheiten.  
Wir erlauben unsere Kollegen für einen zahlreichen Besuch besorgt zu sein. 1459

### Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“**  
Mitgliedschaft Karlsruhe.  
Unsere Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Samstag den 6. d. M., abends halb 9 Uhr, im Lokal „Gewerkschaftszentrale“ unsere

### halbjährl. Generalversammlung

stattfindet. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung sind unsere werthen Mitglieder zum vollzähligen Erscheinen hierdurch freundlichst eingeladen. 1490

Der Vorsitzende.  
NB. Sonntag den 7. d. M. Ausfahrt nach Knielingen. Abfahrt 1/2 Uhr vom Lokal.

### Gesangverein „Badenia“ E. V.

Am Sonntag den 14. Juni ds. Js. findet ein **Familienausflug** in das Neckartal und zur Schloßbeleuchtung nach Heidelberg

statt. 1450  
Wir laden die verehrl. Mitglieder mit Familienangehörigen hierzu nochmals ein, unter Bezugnahme auf das ergangene Rundschreiben. Auch Nichtmitglieder können sich daran beteiligen und sind freundlichst eingeladen.  
Wegen Anmeldung der Teilnehmerzahl ersuchen wir um bestimmte Anmeldung heute Freitag Abend ab 1/9 Uhr im Kammerer. Abfahrt: 5<sup>10</sup> morgens ab Hauptbahnhof.

Heute Freitag Abend 1/9 Uhr Chorprobe.  
Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.  
Der Vorstand.

**Sparsamkeit** bedeutet: die Bereitung eines gesunden bekömmlichen Hausgetränktes (Apfelmöst-Ersatz) aus **dieser Marke** —

Ein **Versuch** überzeugt!

Zu haben in Drogen u. Kolonialwarenhandlg.



**Vollständiger Ausverkauf**  
wegen Geschäftsaufgabe.  
Nur noch kurze Zeit haben Sie Gelegenheit, alle Sorten **Schuhwaren** zu staunend billigen Preisen zu kaufen, da der Laden am 1. Juli nächsthin geräumt sein muss.

**Schuhhaus „Hansi“**  
Karlsruhe, Ecke Markgrafen- und Kronenstrasse.  
An den beiden Meß-Sonntagen ist das Geschäft von 11 bis 6 Uhr geöffnet. 1452

**Stadtgarten.**  
Heute, Freitag, den 5. Juni, 4 Uhr nachmittags:  
**Militär-Konzert**  
ausgeführt von der Kapelle des Feldartillerie-Regts. „Großherzog“ (i. Bad.) Nr. 14.  
Leitung: Königl. Musikmeister K. Grauzan.  
Eintritt: Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten und von Kartenbesitzer . . . 30 Pfg.  
Sonstige Personen . . . 60 Pfg.  
Militär und Kinder je die Hälfte.  
Programm 10 Pfennig. 1464  
Die Musikabonnementskarten haben Gültigkeit.  
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

**Karlsruher Athleten-gesellschaft**  
Sonntag den 7. Juni, nachm. 3 Uhr, im Hardtwald hinter der Grenadierkaserne **Wald-Fest**  
verbunden mit Musik, Tanz und sonstigen Volksbelustigungen. Zum Ausschank kommt ff. Montinger Bier (das Glas 10 Pfg.), sowie Verkauf von Nadi, Wurst- und Brotwaren. — Wir laden hierzu unsere Mitglieder nebst Angehörigen und Gönner unseres Vereins freundlichst ein. 1451  
Der Vorstand.

**Grötzingen.**  
**Gasthaus zum „Schwanen“**  
Unterzeichneter bringt seine Lokalitäten in empfehlende Erinnerung, geeignet für Vereine und Ausflügler. Garantiert für ff. Doepfner Bier, hell und dunkel, reine Oberländer und Radesheimer Weine. Größte Lokalitäten am Ort. Reelle Bedienung. 1458  
Geneigtem Besuche steht entgegen  
**Heinrich Sand, Wirt.**

**Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.**



# Preiswerte Blusen und Röcke

Ich verkaufe zu fabelhaft billigen Preisen.

1481

<b>Blusen</b> weiss Voile, halsfrei, gestickt . . . . . <b>2 25</b>	<b>Blusen</b> weiss Voile, halsfrei, mit reicher Garnierung <b>3 50</b>	<b>Blusen</b> weiss Voile, mit bunten Tupfen, Kragen und Manschetten . . . . . <b>5 25</b>	<b>Blusen</b> aus glattem u. Tupfen- Voile, reich garniert Raglanform . . . . . <b>Mieder-Röcke</b> blau und schwarz, la Cheviot reich gar- niert . . . . . <b>7 25</b>
<b>Wasch-Röcke</b> weiss, aus leinenartigen Stoffen, mit Knopf- garnierung . . . . . <b>2</b>	<b>Wasch-Röcke</b> weiss, aus leinenartigen Stoffen, mit Riegel und Glasknöpfen . . . . . <b>3</b>	<b>Wasch-Röcke</b> Frotté mit Riegel und Knopfgarnierung . . . . . <b>5</b>	

An den beiden Mess-Sonntagen ist mein Geschäft von 11 Uhr ab geöffnet

## Popeline-Mäntel

aus besten Stoffen in allen Ausführungen  
Stück 12<sup>75</sup> Stück 19<sup>50</sup> Stück 24<sup>50</sup>

# Landauer Mode-Haus.

An den beiden Mess-Sonntagen ist mein Geschäft von 11 Uhr ab

**geöffnet.**

**L. Gretz, Marienstr. 27**

Maß- und Konfektions-Geschäft.

## Schwimmhalle im Friedrichsbad

Jeden Mittwoch u. Samstag, abends von 6-10 Uhr:  
Mit Kabinett Männer 20 Pf., Knaben 10 Pfg.

## Residenz-Theater

Waldstraße 30 Tel. 1417.

Ununterbrochen Vorstellung:

An Sonn- und Feiertagen 2-11 Uhr abends  
An Werktagen nachmittags 3-11 Uhr abends

sowie Schillerstr. 22 (ehem. Metropol)

An Sonn- und Feiertagen von 3-11 Uhr abends  
An Werktagen von 7-11 Uhr abends

### Première

von Samstag, 6. bis inkl. Dienstag, 9. Juni 1914

## Das Ende eines Königs

nach dem Roman „La maison du baigneur“  
von August Maquet, in 5 Akten.

### Besetzung:

Pontis . . . . .	Herr Leon Bernard
Bernhard du Bourdet . . . . .	von der „Comédie française“.
Louis XIII . . . . .	Herr Paul Capellani
Ravallac . . . . .	von der „Comédie française“.
Siñte Iglesias . . . . .	Herr Montoux.
Louis XIII . . . . .	Herr de Gravano.
Ravallac . . . . .	Herr Marc Gerard.
Margarete . . . . .	Frl. Methivier.
Komtesse von Verneuil . . . . .	Frl. Marcelle France.

### Musikfolge:

Introdukt. u. Chor d. Friedensboten aus Rienzi v. Wagner  
Fantasie aus der Oper Faust Gounod  
Vorspiel und Siciliana aus der Oper  
Cavalleria rusticana Mascagni.

### Zwei arme Reiche.

Lebensbild in einem Vorspiel und zwei Akten mit  
Suzanne Grandais in der Hauptrolle.

### Gaumontwoche.

Kinematogr. Zeitung berichtet aus allen Weltteilen.

### Das Telefon als Scheidungsgrund.

Humoresk.

### Das Leben in den Tiefen des Meeres.

Krebstiere. Diese Serie ist unter Mitwirkung der hervorragendsten Professoren hergestellt. — Ein volles Jahr unausgesetzter, umsiger, geduldiger, unermüdlicher Arbeit war hierzu notwendig. 1470

### Verfehltete Liebe.

Drama.

### Alter schützt vor Torheit nicht.

Lustspiel.

### Augustin als Kriegs-Korrespondent.

Humoresk.

## Herren-Anzüge,

Burschen-Anzüge, ca. 200 Kinder-Anzüge, Wasch-Anzüge, Capes und Bozener Mäntel und ein Vollen Heberzieher, jedes Stück 6.-, ein Vollen Reste zu Herren-Anzügen und Damen-Kleidern, Damen- u. Herrenhemden Schirme für Herren und Damen, Tischdecken. 1419

**J. Madlener**  
Rüppurrerstraße 20.

## Getr. Anzüge

von 8 Mk. an, neue moderne Anzüge, staunend billig, Hosen, Zoppen, Westen zu jedem Preise. 1455

## Gelegenheits-Kaufhaus

55 Werderstraße 55.

2 Bettstellen mit Kopf, ge-  
erhält. billig abzugeben. Gerwig-  
straße 23, 1. St. r. Händler  
verbeten. 1470

Kinderwagen, bill. zu verk.  
Gebhardtstr. 68, III. U.

Druckfaden fertigt  
Buchdruckerei Volksfreund.

## Lebensmittel

Soweit Vorrat 1478

Grüne Stachelbeeren zum Einkochen	10 Pfd. 1.90
Zitronen . . . . .	Dutzend 0.35
Junge Bohnen . . . . .	Pfund 0.38
Holstein. Cervelat- u. Salamiwurst	Pfd. 1.18
Dörrfleisch bei ganzen Seiten . . .	Pfund 0.78
Schinkenspeck . . . . .	Pfund 1.15
Junge Gänse . . . . .	Stück 6.00—7.00
Junge Hähnen . . . . .	Stück 1.80—2.60

Rehrücken Pfd. 1.40 Rehbug Pfd. 0.90

Rehkeulen Pfd. 1.35 Rehragouf Pfd. 0.60

## Hermann Tietz.

Während der Meß-Sonntage bleiben unsere Geschäftsräume geschlossen.

## Alle Radfahrer

kaufen

Fahrräder, Gummi- und Ersatzteile

am billigsten bei

## Hartung & Rüger

Generalvertretung für Weil-Torpedo, Goericke-  
Westfalen, Viktoria- und Phänomen-Fahrräder  
Marienstrasse 63 Kaiserstrasse 23  
Telephon 3211 Telephon 3849.

Laufdecken v. M 1.85 an, Schläuche v. M 1.75 an.

Komplette Fahrräder von M 49.50 an

Besonders empfehlen wir unsere weitbekanntesten

Fidelitas-Räder. 775

Wiederverkäufer Extrarabatt.

## Erholungsheim

der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden

für Frauen und Mädchen aus Karlsruhe. Verpflegungstafel  
2 Mk. 50 Pfg. für den Tag. Soweit der Platz reicht können  
auch auswärtig wohnende Frauen und Mädchen für 3 Mk. täglich  
aufgenommen werden. 7978

Nähere Auskunft und Anmeldung bei der  
Direktion des städt. Krankenhauses Karlsruhe.

## Gegen freie Wohnung und Vergütung

wird zur Instandhaltung der Pragerstrasse eine kleine  
Familie von einem Zahnarzt auf 1. Juli gesucht.  
Event. Vergütung der Miete der jetzigen Wohnung bis  
zum Ablauf der Kündigung.

Näheres Kaiserstraße 189, von vormittags 8 bis  
9 Uhr und nachmittags von 6 bis 7 Uhr. 1490